

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4590. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Dr. Simons über Deutschlands Neutralitätspolitik.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschloß, seine Verhandlungen am Mittwoch insoweit für öffentlich zu erklären, als die Redner nicht ausdrücklich die Vertraulichkeit für ihre Darlegungen beanspruchten würden. Zunächst nahm das Wort der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons. Er begann mit einer kurzen Zurückweisung der vielfachen Entstellungen, die in den in schweizerischen und italienischen Blättern veröffentlichten Interviews enthalten sind. Er wandte sich darauf zu einem Ueberblick über die deutsche Neutralitätspolitik. Seitdem er zum erstenmal diese Politik vertrat habe, seien nunmehr Wochen verstrichen, in denen sich erwiesen habe, daß die Neutralitätspolitik für Deutschland die einzig richtige und mögliche gewesen sei und bliebe. Es seien Stimmen an ihn herangeraten, die ihn aufgefordert hätten, mit dem Bolschewismus gegen die Westmächte vorzugehen und auf diese Weise die Schranken des Versailles Friedens zu brechen. Diese Stimmen habe er mit voller Ueberzeugung abgewiesen. Wenn wir damals solchen Aufforderungen gefolgt wären, so wäre Deutschland unmittelbar zum Kriegsschauplatz geworden. Daß wir im Zustande der Entwarnung die Blüte der Jugend hätten opfern sollen, wäre unter keinen Umständen zu verantworten gewesen. Die Last der Folgen, die die allmählich zu erwartende Umbildung des Bolschewismus mit sich gebracht hätte, wäre mit voller Wucht auf Deutschland gefallen. Er habe diesen Gedanken, gemeinsam Sache mit den Bolschewisten zu machen, daher entschieden abgelehnt. Von anderer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, gemeinsam mit der Westmächten gegen den Bolschewismus sich zu wenden. Auch dies war eine Unmöglichkeit. Unzweifelhaft hätte uns dieser Versuch, Seite an Seite mit Frankreich und Polen gegen Rußland vorzugehen, in den inneren Krieg gestürzt. Wir hätten den Bürgerkrieg gehabt und zweifelhaft wäre es geblieben, ob wir erreicht hätten, was von einem Zusammengehen mit dem Westen erwartet wurde. Das russische Volk werde, wie auch die Entwicklung gehe, jeden, der sich jetzt zu seinen Angreifern geselle, auf lange hinaus als seinen Feind betrachten. Es war richtig, uns auch nach dieser Richtung die Hände freizuhalten. Aus unserer Haltung folgt, daß wir auch gegen die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine uns zurückhaltend stellen. Frankreich hat den General Wrangel anerkannt und uns davon Mitteilung gemacht. Wir haben diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, ohne dem französischen Beispiel zu folgen. Keine Macht, die mit Sowjetrußland im Kampfe steht, habe auf unsre Unterstützung zu rechnen. In letzter Zeit sei der Vorwurf erhoben worden, daß wir uns zu weit mit den Bolschewisten eingelassen hätten. Es werde auch auf die amerikanische Note und auf die Kundgebung Lloyd Georges aus Lugern hingewiesen. Andererseits beständen aber gewisse italienische Schritte der Anknüpfung. Für unsre Politik sei der Grundgedanke der, daß die Sowjetregierung gegenwärtig die Macht in den Händen habe, also de facto die Regierungsgewalt in Rußland darstelle. Die Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland seien noch nicht normal. Zunächst befänden wir uns noch in Verhandlungen über die Vorfragen einer genügenden Erledigung des Falles Wirbach. Die Behauptungen, daß wir mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen hätten, seien durchaus falsch. Wir hätten lediglich den Russen und den Polen mit dem Herannahen des Krieges an die deutsche Grenze Vorschläge wegen der Seuchenbekämpfung und wegen der zu erwartenden Grenzschwierigkeiten gemacht. Die Verhandlungen über den letzten Punkt seien abgelehnt worden, über den ersten Punkt seien sie noch im Gange. Während uns von der angelsächsischen und von dem früheren französischen Präsidenten Poincaré Geheimverträge mit den Russen vorgeworfen werden, werde in Moskau gegen uns der Vorwurf eines Geheimvertrages mit Polen gemacht. Das ist ebensowenig wahr. Mit Polen führten wir lediglich offene Verhandlungen, die bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Der Minister führte sodann aus, daß sich in den deutsch-polnischen Beziehungen eine große Menge Explosivstoff angehäuft habe. Wenn die von ihm angebotenen Verhandlungen nicht bald zu einem Resultat kommen würden, so könnte es wohl geschehen, daß der Kessel der deutschen öffentlichen Meinung überkoste. In Breslau habe sich dies bereits ereignet.

Der Minister ging darauf in längeren vertraulichen Darlegungen auf die Breslauer Ereignisse und auf die französische Note ein. Im Anschluß an seine vertraulichen Ausführungen stellte der Minister zunächst seine Interviews bezüglich wiedergegebener Äußerungen über Oberschlesien richtig und betonte, daß er nicht von seinen eigenen Plänen, sondern von den Plänen anderer, die an ihn herangeraten seien, gesprochen habe. Nach seiner Ansicht müsse man den Wünschen des ober-schlesischen Volkes auf dem Gebiete der Verwaltung entgegenkommen und ihm in gewissen Fragen eine selbständige Vertretung zubilligen; aber alles dies selbstverständlich nicht außerhalb des Reiches und nicht

außerhalb Preussens. Der Reichsminister ging dann auf die Genfer Konferenz und die Vorbereitungen für dieselbe näher ein. Die häufig gestellte Frage, ob es überhaupt zu der Genfer Konferenz kommen würde, könne jetzt noch nicht endgültig beantwortet werden. Auch im Lager der Entente sei man sich in dieser Frage noch nicht einig. Wir wissen nur, daß von einer Seite ein scharfer Kampf gegen die Genfer Konferenz geführt wird, während England und Italien großes Gewicht auf das Zustandekommen der Konferenz zu legen scheinen. Eines könne man mit Sicherheit annehmen, daß nämlich auf Drängen Frankreichs die Brüsseler Konferenz unabhängig von der Genfer stattfinden würde und daß das große internationale Finanzprogramm, das in letzter Zeit in der Öffentlichkeit besprochen wurde, ohne genügende Berücksichtigung der Finanzlage Deutschlands vor Marierung derselben auf der Genfer Konferenz aufzulaufen kommen würde.

Der Minister berichtet in diesem Zusammenhange die Angaben in einem der schweizerischen Interviews, wonach er gesagt hätte, wir würden gegen Polen marschieren. Diese Äußerung habe er keineswegs getan; wohl aber auf eine Frage, was wir gegen eine polnische Neutralitätsverletzung unternehmen würden, geantwortet, daß derjenige, der unsre Neutralität verletze, uns auf der Seite seiner Gegner sehen würde.

Deutscherseits sei mit den Vorbereitungen für die Genfer Konferenz unmittelbar nach Spa begonnen worden. Dem Reichsminister liege bereits eine Fülle von Material vor. Endgültige Stellungnahme sei jedoch zur Zeit weder möglich noch angezeigt. Er habe außerdem seinen Ueberblick in der Schweiz; dazu benutze er, mit dem Gesandten in Bern die an Ort und Stelle zu treffenden Vorbereitungen für Genf zu besprechen. Wie auch die Entscheidung in Genf falle, so sei schon jetzt anzunehmen, daß einen wesentlichen Einfluß die von uns in Spa überreichten Denkschriften haben würden. Der Reichsminister hat sich bereits mit den Mächten, die für Genf vorzüglich in Frage kämen, dahin in Verbindung gesetzt, daß bereits vor der Konferenz die Sachverständigen dieser Länder untereinander Fühlung nehmen. Damit in Genf nicht wieder ein Diktat zustande kommt und sich dieselben Schwierigkeiten ergeben wie in Spa. Der Reichsminister betonte, daß es notwendig sei, daß die Öffentlichkeit in den fremden Ländern, vor allem in Frankreich, über die Grenzen unsrer finanziellen Leistungsfähigkeit und die Bedrängnis unsrer Lage aufgeklärt werde. Der Gedanke müsse entgegengetreten werden, daß wir alles bejahen werden und können. Es sei zu hoffen, daß es gelingen werde, den Boden für die Verhandlungen vorzubereiten und zu einer Verständigung in Genf zu kommen.

Der Vertreter des preussischen Ministers des Innern machte sodann eingehende Mitteilungen über den Verlauf der Breslauer Vorgänge.

In der anschließenden Debatte erklärte Abg. Herchel (Zentrum): Nach seiner persönlichen Meinung seien die Aus-schreitungen im französischen Konsulat durch vorläufigen Mob ausgeführt worden. Veranlaßt worden sei die vorhergegangene Demonstration durch die fürchtbaren Schilderungen der nach Oberschlesien Geflüchteten, die nach Hilfe riefen. — Abg. Scheidemann (Soz.) sprach sich dahin aus, daß in wirtschaftlicher Beziehung möglichst bald Abmachungen mit Rußland zustande zu bringen seien. Für die Breslauer Vorfälle stelle er die Forderung auf, dem Ursprung der Ausschreitungen nachzugehen und die Frage, ob eine nationalpolitische Note vorlag, oder ob es sich um Mob gehandelt habe, aufzuklären. — Abg. N. Heine haben (Deutschnational) stimmte den Ausführungen des Abg. Herchel bei. Durch polnische Schuld werde die Erfüllung des Abkommens von Spa in Frage gestellt. — Graf von Westarp (Mittel.) stimmte den Ausführungen des Ministers des Auswärtigen über die deutsche Neutralitätspolitik bei. — Abg. Breitscheid (Unabh.) glaubt nicht, daß irgendwelche Gründe für einen Zusammenstoß des Reichsministers mit den Unabhängigen vorlägen, denn in der Frage der Neutralitätspolitik habe sich die Arbeiterklasse durchaus im Rahmen dessen gehalten, was von ihrer Seite in dieser Beziehung zugesagt sei. — Abg. Schiffer (Dem.) befeuchtete, von den Interviews des Ministers Simons ausgehend, die allgemeine politische Weltlage und die Konsequenzen, die sich für uns aus ihr ergeben. Er betonte, daß alle Uneinigigkeiten unserer Gegner letzten Endes Schäden für uns bringen würden. — Nach dem Abg. Dr. Spahn (Zentrum) nahm zum Schluß Reichsminister Dr. Simons nochmals das Wort zur Beantwortung verschiedener im Laufe der Aussprache an ihn gerichteten Fragen. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag Saugmann angenommen, dahingehend:

Der auswärtige Ausschuss ersucht die Reichsregierung ange-sichts der Vorgänge in Schlesien um Mitteilung einer Zusammenstellung der einwandfrei festgestellten Tatsachen in betreff der polnischen Uebergriffe und deren Duldung durch die französischen Stellen, durch die eine begriffliche Erregung der deutschen Bevölkerung in Schlesien hervorgerufen worden ist.

### Die Reichsregierung und die französische Note.

Berlin, 1. September. In der Sitzung des Reichskabinetts wurde vom Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, Bericht über seine Besprechung mit dem französischen Botschafter Laurent erstattet. An die Ausführungen des Reichsministers Simons schloß sich eine zwei-stündige Aussprache. Ein Beschluß soll nicht gefaßt worden sein. Die Sitzung wurde bis auf weiteres vertagt, damit das Kabinett erst die Ansicht des Reichstags-ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hören könne. Das Kabinett wird im Laufe des morgigen Tages seine endgültigen Beschlüsse fassen.

## Deutsche Arbeiter in Rußland.

Von Wilhelm Dittmann.

Wer nicht hören will, muß fühlen. Wie oft ist nicht in Deutschland seit Jahr und Tag gewarnt worden, unter den jetzigen Verhältnissen nach Rußland auszuwandern. Alle solche Warnungen, mochten sie nun ausgehen von irgendwelchen Instanzen oder Organen unserer Partei oder von dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, wurden nicht beachtet, oder gar als Zeichen von Rußlandfeindschaft oder Unfähigkeit, das eigene Land zu vertreten, ausgegeben. Jetzt ist der erste Transport deutscher Arbeiter, die allen Warnungen zum Trotz nach Rußland ausgewandert sind, dort eingetroffen und ist nun auf das bitterste enttäuscht über die Verhältnisse, die er in Rußland vorgefunden hat.

Der Zufall fügte es, daß unsere Delegation nach Moskau auf der Reise von Stettin nach Reval denselben Dampfer benutzte wie der Auswanderertransport. Er war veranlaßt von der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine in Leipzig und setzte sich zusammen aus Arbeitern aus Leipzig, Berlin und Hamburg. Es handelte sich insgesamt um etwa 70 Familien, die als Ansiedler in die nordrussischen Gouvernements Wologda und Wjatta wollten, und um rund 120 Industriearbeiter für die Maschinenbauanstalt in Kolonna bei Moskau. Der Transport war sehr überfüllt zusammengestellt worden. Manche der Auswanderer erzählten, daß sie ihren Hausrat in ein zwei Tagen hatten loschleppen müssen, um nur noch mitkommen zu können. Die Pässe der Auswanderer waren nur bis Reval in Ordnung, eine Durchreisereise durch Estland war nicht vorhanden. Als wir nach dreitägiger Seereise in Reval landeten, bemühten wir Abgeordnete uns deshalb, von der estländischen Regierung für die Auswanderer die Durchreisereise zu erwirken. Zwei Tage lang verhandelten wir mit dem Außenminister, dem Innenminister, riefen den Ministerpräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung an und erreichten dann schließlich, daß der Transport über Hungerburg—Narwa, dem estnischen Hafenort kurz vor der russischen Grenze, Estland passieren konnte. Wir selber fuhrten von Reval aus durch Estland weiter.

Später erfuhren wir in Moskau, daß die für Wologda-Wjatta bestimmten Ansiedlerfamilien vorläufig in Petersburg geblieben seien und daß sie höchstwahrscheinlich nicht in jene nördlichen unwirtlichen Gegenden, sondern wahrscheinlich in die Umgegend von Moskau kommen würden. Von den Industriearbeitern hörten wir, daß sie in Kolonna angekommen seien, daß sich aber sofort Differenzen mit ihnen ergeben hätten. Ein Teil von ihnen weigerte sich, zu arbeiten und wollte zurück nach Deutschland. Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden, ihnen sei gesagt worden, daß sie in eine kleine Fabrik für sich kämen, die sie selber verwalteten sollten, daß Wohnungen für alle vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei, und jetzt sei nichts von alledem wahr. Von den russischen Arbeitern seien sie sehr unfreundlich empfangen worden. Man habe gefragt, ob sie gekommen seien, den russischen Arbeitern das letzte Brot wegzunehmen, ob sie die Plätze der russischen Arbeiter einnehmen wollten, damit diese in die Schützengräben geschickt werden könnten usw. Wegen ihrer Weigerung in der Fabrik, die nach ihrer Meinung völlig verwahrloht sei und in der die Arbeiter selber nichts zu verrichten hätten, zu arbeiten, seien sie von der Fabrikverwaltung und von einem Vertreter der Sowjetregierung als „Konterrevolutionäre“ beschimpft worden.

Wir hatten ohnehin die Absicht, die Maschinenfabrik in Kolonna zu besichtigen und wurden durch diese Mitteilungen natürlich in unserem Voratz bestärkt. Am Sonnabend, dem 7. August, fuhrten wir per Auto nach dem 110 Kilometer südöstlich Moskau am Zusammenfluß der Moskwa mit der Oka, die in die Wolga mündet, gelegenen, ca. 20.000 Einwohner zählenden Kolonna. Bei unserem Rundgang durch die Fabrik, die früher 17.000, jetzt ca. 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß der Zustand des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig lasse. Arbeitsstätte und Werkzeuge lagen vielfach defekt unher. Maschinen, die stillstanden, waren offensichtlich verwahrloht. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles fürchtbar langsam gehe und schlecht funktioniere. Trotzdem sie unter den schlechten Ernährungs- und Betriebsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe einer von ihnen ebensowohl als fünf Russen. Die russischen Arbeiter seien teils zwangsweise aus den Dörfern zur Arbeit geholt, teils kämen sie freiwillig, um das Anrecht auf einen „Bajot“ zu bekommen, die Lebensmittelration, die im Betriebe ver-abfolgt wird. Von Interesse an der Arbeit sei keine Spur bei ihnen, sie suchten die Arbeit im Gegenteil zu sabotieren, ebenso offensichtlich ein Teil der Fabrikangestellten. Nach einer halben Stunde stellten sich die russischen Arbeiter hin und drehten sich eine halbe oder auch eine ganze Stunde lang Zigaretten, rauchten und plauderten und sangen dann all-

mühsam wieder zu arbeiten an. So gehe das den ganzen Tag. Es falle ihnen äußerst schwer, unter diesen Umständen zu bleiben, aber sie wollten versuchen, auszuhalten. Ein Teil ihrer Kollegen habe es abgesehen, zu arbeiten und wolle zurück. Sehr erbittert waren sie über die Beauftragten der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine, die sie unter falschen Angaben zur Auswanderung bestimmt hätten.

Über die Betriebsverhältnisse hörten wir von der Fabrikleitung, die aus einem Tischler, einem Maier und einem Angestellten bestand, daß der Betriebsrat ein Organ des Metallarbeiterverbandes sei, aus fünf Mitgliedern bestehe und mit der Verwaltung nichts zu tun habe. Er habe für Arbeiterschutz und Arbeitsdisziplin zu sorgen, die nötigen Arbeiter aus den Dörfern heranzuholen und Aufklärung und Agitation im Betriebe zu treiben. Gearbeitet werde von 8½ bis 1½ Uhr und von 3 bis 5½ Uhr. Die deutschen Arbeiter bekämen größere Rationen als die russischen, und zwar: 1½ Pfund Brot, ¼ Pfund Fleisch und drei Achtel Pfund Hirsegrüße täglich pro Mann, außerdem für alle 120 Mann 16 Pud Grünzeug (Rüben, Wurzeln usw.), Kaffee morgens und abends, Salz, Zucker, Tabak, Seifenpulver. Sie könnten selber kochen und backen. Die Einzelheiten sollten noch näher geregelt werden. Der Grundlohn für unqualifizierte Arbeiter betrage 10 Rubel pro Stunde und steige für qualifizierte Arbeiter bis zu 15,75 Rubel; dazu werde vom 1. Juni ab ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

Von einem Abgeordneten der Nichtarbeitenden wurden wir zu einer Versammlung dieser Gruppe eingeladen, die in einem größeren Wohnraum, in dem Holzbänke gestellt waren, stattfand. Als Wortführer der Unzufriedenen schilderte zunächst Genosse F ä h n r i c h - O b e r s h ö n e w e i d e die Lage. Er gab an, daß 80 Mann zurückwollten, 69 seien anwesend, 11 arbeiteten in der Fabrik. Von den Anwesenden seien 40 Mitglieder der U. S. P. D., 13 der R. P. D. und 6 der R. A. P. D., von 10 Parteien seien 8 Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen. Sie seien belogen und betrogen worden von den Auswanderungsagenten. Die russische Regierung verweigere jetzt die Rückreise. Die Lebensmittellverhältnisse seien so, daß sie nicht leben könnten. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutspucken und Blut in den Abgängen. „Hier müssen wir verhungern. Das Brot ist schlecht und ungenießbar, es ist voller Häcksel. Die Unterkunft ist ebenfalls schlecht. Erst haben wir hier 4 Tage im Bahnwagen liegen müssen ohne Decken, dann hier in den Häusern, in denen wir jetzt zusammengepfercht sind, 8 Tage ohne Stroh. Wir arbeiten, indem wir für die Gemeinde Notstandsarbeiten verrichten. Wir wollen aber zurück. Man hat uns als „Eindringlinge“ und „Konterrévolutionäre“ bezeichnet. Als ich gestern versuchte, auf dem Markt einige Nähnadeln zu 1 Rubel das Stück, die hier sonst 20—50 Rubel kosten, zu verkaufen, um Geld für Lebensmittel zu bekommen, wurde ich verhaftet und erst nach geraumer Zeit wieder freigelassen. Jetzt soll ein Protokoll aufgenommen sein, nach dem ich durch Spekulation 120 000 Rubel verdient hätte. Hier ist kein Kommunismus, was hier ist, taugt zu nichts.“

In ähnlicher Weise sprach dann Genosse G r i m m - P l a u e n. Er habe Haus und Hof mit Gärtnerei in Deutschland aufgegeben. Ihm sei gesagt worden, in Rußland brauche man kein Geld, er sei deshalb mit 8 Pfennigen nach Rußland gekommen, und nun zeige sich, daß man nirgends mehr Geld brauche als in Rußland, denn es fehle selbst die nötigsten Lebensmittel. Brot und Suppe sind nicht zu essen, dazu die heiße Temperatur, das sei nicht zu ertragen. Durch alle Strapazen seien sie so entkräftet, daß sie anferstehen seien, produktiv zu arbeiten. Er habe 35 Jahre für den Sozialismus gearbeitet und sei ausgewandert, Rußland aufzubauen zu helfen und der Weltrevolution zu dienen. Aber der Hunger mache ihm das unmöglich.

Der nächste Redner, Genosse F a r t m a n n - H a m b u r g, wandte sich scharf gegen die Vertreter der Auswanderervereine und die Rätezeitung, durch die bei ihnen ganz falsche Vorstellungen über die Verhältnisse in Rußland geweckt worden seien. „Wir sollten in die Moskauer Gegend kommen, in eine Fabrik im Walde, die wir allein übernehmen sollten. Für unsere Familien würde gesorgt werden, bis sie auch hier seien. Die russischen Arbeiter trügen Leberanzüge, die Bourgeois gingen in Lumpen. Jetzt ist alles ganz anders. Ich war mit dabei, als wir in Moskau mit der Regierung verhandelten. Sie wußte nichts von einem Vertrage mit uns. Man hat uns versprochen, uns bis zur deutschen Grenze zu ernähren. Wir warten aber schon 14 Tage vergebens auf den Rücktransport. Die russische Regierung ist unfähig. Wir können es nicht verantworten, unsere Familien nachkommen zu lassen. Wir wollen zurück nach Deutschland.“

In einer zweiten Rede sagte F ä h n r i c h noch, weiter Transporte nach Rußland müßten verhindert werden, ihre Familien müßten in die größte Not geraten, wenn sie unterwegs sein sollten. Die Kasse seien ihnen abgenommen worden, sie wüßten nicht, wo sie seien. Der Verdienst reiche nicht aus. Was seien 11—12 000 Rubel monatlich, wo ein Pfund Butter allein 3500 Rubel koste und alle übrigen Lebensmittel, auch Kartoffeln, ähnlich teuer seien. Sie seien von allem abgeschnitten, nicht einmal Briefe könnten sie nach Deutschland senden. Von Gumbrich, dem Vertreter der Auswandererinteressengemeinschaft, sei behauptet worden, Radef habe den Auftrag zu dem Transport gegeben.

Von den Mitgliedern unserer Delegation nahm ich dann zunächst das Wort und erklärte, daß wir bereits, als wir sie auf dem Dampfer getroffen, die Befürchtung gehabt hätten, daß sie schweren Enttäuschungen entgegengehen würden. Hätten sie auf unsere Partei und auf den russischen Vertreter in Berlin gehört, so wären ihnen die Enttäuschungen erspart geblieben. Aber es sei ja in der „Rätezeitung“ sogar eine Resolution veröffentlicht worden, in der K o p p s A b e r u f u n g aus Berlin gefordert worden sei, weil er sich gegen die Auswanderung nach Rußland ausgesprochen hatte. Radef habe mir in Moskau gesagt, daß er gleichfalls stets vor der Auswanderung gewarnt habe und er habe auch jetzt noch schwere Bedenken. Ehe deutsche Arbeiter am Aufbau der russischen Industrie mitarbeiten könnten, müßten verschiedene Vorbedingungen geschaffen werden. Wie die russischen Arbeiter zu leben, sei für den deutschen Arbeiter ohne jeden Übergang, auch normalerweise, unmöglich, besonders aber jetzt. Die dreijährige Blockade Deutschlands gegen Rußland, dann die Ententeblockade, der Krieg und die Konterrévolution hätten Rußland in einen Zustand der Not versetzt, der von deutschen Arbeitern gar nicht ertragen werden könne, trotzdem sie im Kriege und nachher auch gehungert hätten. Die Landwirtschaft sei rückständig, läge danieder,

das Transportwesen ebenso. Dazu der fortgeschrittene Kampf gegen die Konterrévolution und die Entente. Da müßte man auch in Deutschland wissen, wie schwer das russische Volk um seine nackte Existenz ringen müsse. Aber wenn wir das in Deutschland gesagt, habe man es uns nicht glauben wollen, auch nicht, daß große Teile der russischen Bauernschaft beim Wiederaufbau verlagert haben, daß sie geistig nicht fähig sind, als selbständiger Faktor aufzutreten. So sei es dazu gekommen, daß in Rußland eine vollständige Diktatur bestehe. Wer beim Wiederaufbau Rußlands unter der Sowjetherrschaft mithelfen wolle, müsse sich in manches Ungewohnte schicken und sich mit Vielem abfinden, das ihm wider den Strich gehe. Von heute auf morgen sei eine Veränderung der jetzigen schweren Lebensbedingungen in Rußland nicht möglich. Für deutsche Arbeiter seien die Existenzmöglichkeiten kaum eher gegeben, als nicht zwischen Rußland und Deutschland die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen und Vorkehrungen getroffen seien, daß den deutschen Arbeitern der Übergang durch Nachlieferung von deutschen Rohstoffen und Bedarfsartikeln wenigstens für einige Monate erleichtert werde. Wir seien gern bereit, in Moskau für Erleichterungen bezüglich der Ernährung usw. einzutreten und für diejenigen, die zurückwollen, die Heimreise zu beibringen. Wer von ihnen die ersten schlimmen Eindrücke niederlämpfen könne und über eine starke Konstitution verfüge, möge versuchen zu bleiben. Wenn ich vor 4 Wochen in einer Versammlung in Deutschland ihnen dasselbe gesagt haben würde, dann hätten sie mich wohl kaum ausreden lassen. Jetzt hätten sie es am eigenen Leibe erfahren, wie recht wir mit unseren Warnungen vor einer Auswanderung nach Rußland unter den jetzigen Umständen hätten. Wir würden aber selbstverständlich für sie tun, was wir könnten und auch in Deutschland ernst über die Sache reden.

Nach mir sprach Genosse D ä u m i g, der erklärte, daß er meinen Ausführungen zustimme. Die Interessengemeinschaft habe Illusionen geweckt, die nicht erfüllt werden könnten. Man dürfe nicht vergessen, daß die Russen noch vor kurzem Leibeigene, „zweibeinige Tiere“, gewesen und daß die Zarenwirtschaft, der Weltkrieg und der Bürgerkrieg trostlose Zustände geschaffen hätten. Er verstehe die Klagen über die schlechte Ernährung usw. sehr wohl. Ein Deutscher könne das Brot, das etwa aussehe wie unser Torf, kaum essen, aber man müsse versuchen, sich in das Unvermeidliche zu schicken. Es dürfe nicht vergessen werden, daß es gelte, Pionierarbeit zu leisten für die Revolution und daß wir an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt ständen. Viele Anwesenden hätten sicher 4 Jahre Schlingengrabeneid für den Kapitalismus ertragen, da müßten sie auch Leiden für die Revolution ertragen.

Genosse C r i p i e n verwies ebenfalls auf die Schwierigkeiten, unter denen Sowjetrußland kämpft, und die furchtbaren Leiden, die die Uebergangszeit zum Sozialismus dem Proletariat überall auferlegt. Wer förmlich und geistig stark und fähig dazu sei, müsse versuchen, auszuharren. Die russischen Arbeiter bekämen ja selbst das noch nicht, was ihnen, den deutschen Arbeitern, jetzt gegeben werde, sie litten noch größeren Mangel. (Zuruf: „Die bringen Lebensmittel aus den Dörfern mit.“) Crispian versprach ebenfalls, in Moskau für die deutschen Arbeiter einzutreten.

Der russische Genosse M a l a r o f f, einer der Leiter der Fabrik, hielt dann in russischer Sprache eine Rede, die bruchstückweise sofort übersetzt wurde. Sie zeigte, daß dem Redner die Geistesverfassung der deutschen Arbeiter völlig fremd war und rief große Aufregung und Erbitterung hervor. Er suchte die Unzufriedenheit der deutschen Arbeiter als unbegründet hinzustellen, bezeichnete die jetzigen Verhältnisse in Rußland als besser gegenüber denen unter dem Zarismus und sagte weiter: „Noch lebt der russische Arbeiter unter furchtbaren Verhältnissen. Wenn Sie besser leben und eine Ausnahmestellung haben wollen, gibt es große Unzufriedenheit unter den Russen. Denken Sie nicht nur an ihre eigenen Interessen. (Entrüstungsrufe.) Schauen Sie sich um, es gibt auch Gutes bei uns. Wir führen nach zwei Fronten Krieg, gegen Polen und gegen Wrangel im Süden, einen Kampf um Leben und Tod. Unsere Besten schicken wir an die Front. Unsere besten Industriearbeiter sind dort. Polen ist schon geschlagen. Wenn wir gesiegt haben, wird sich auch hier alles ändern. In dieser schweren Zeit stellt kein Revolutionär Forderungen. Nur Konterrévolutionäre und Bürgerliche (Starke Erregung) und die die Revolution nicht verstehen wollen oder können, wollen jetzt Vorrechte. Sie sollten uns helfen und Sie sitzen hier und arbeiten nicht. (Zuruf: „Nicht in der Fabrik, aber arbeiten wollen wir.“) Die besten Genossen sind an der Front, hier arbeiten jetzt meist Landarbeiter. Sie arbeiten 12 Stunden und mancher bricht ohnmächtig an der Bank zusammen. (Zurufe: „Sie müssen!“ „Sie werden mit dem Gewehr dazu gezwungen.“ „Sie werden sonst eingesperrt.“) Das ist nicht wahr. (Zuruf: „Doch!“) Gewalt wird nur gegen diejenigen angewendet, die nicht arbeiten wollen. Ohne Arbeit kein Brot. Ich wundere mich, daß Sie nicht arbeiten wollen, daß Sie der Revolution nicht helfen wollen. (Zuruf: „Wir sind doch Konterrévolutionäre!“) Was wollen Sie? Wollen Sie noch jeder einen Führer? (Der Uebersetzer sagte abschwächend „Führer“ statt „Kindermädchen“, wie der Redner gesagt hatte.) Schütteln Sie endlich die bürgerlichen Vorurteile ab, arbeiten Sie mit uns Russen.“ („Heim wollen wir.“) Nun versuchte Genosse S t o e c k e r noch beschwichtigend einzugreifen. Er suchte die Stimmung der deutschen Arbeiter zu erklären aus den ersten Enttäuschungen, der furchtlichen Hitze (in Moskau hatten wir an einem Tage 45 Grad Reaumur in der Sonne!) und ihrer geistigen Isolierung. Diese Wüsten sei ein anormaler Zustand und werde wieder vergehen. („Dann sind wir verhungert!“) Wenn sie sehen würden, was in Rußland geleistet wird, würden sie sagen: „Donnerwetter, wir müssen durchhalten.“

Es sprachen dann noch von den deutschen Arbeitern D f b a h r - H a m b u r g: (Wir haben nur den einen Wunsch: nach Hause!) Baumgarten-Berlin: (Kriegsbeschädigter, tuberkulos, kann Strapazen nicht ertragen, will heim.) Fleischer-Berlin: (Wir sind nicht umzustimmen, wir wollen heim.) Von unserer Delegation sprachen noch Crispian und ich; wir sagten ihnen nochmals zu, für sie zu tun, was in unseren Kräften stehe und verabschiedeten uns dann mit einem „Auf Wiedersehen in Deutschland“.

In der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationalen, der letzten, an der wir teilnahmen, brachte ich die Sache zur Sprache. S i n o w j e w, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, ebenso K a d e l und B u c h a r i n stimmten in der Beurteilung der Angelegenheit völlig mit uns überein und versprachen, dafür zu sorgen, daß den Arbeitenden Erleichterungen verschafft und den übrigen die Heimreise

ermöglicht werde. Auf dem Heimwege vom Krenl zum Hotel sprachen uns dann mehrere der deutschen Arbeiter nachts um 12 Uhr auf der Straße an. Es waren ihrer sieben von Kolonna als blinde Passagiere auf der Eisenbahn nach Moskau gefahren. Sie berichteten, die nicht arbeiten wollten, sollten jetzt auf Hungerrationen gesetzt werden und die Notstandsarbeiten für die Gemeinde sei ihnen von der Ortsmiliz verboten worden. Am nächsten Morgen ging ich mit Genossen S t o e c k e r und einem der Arbeiter, Genossen S c h o l z - B e r l i n, zum russischen Arbeitsminister Schmidt, um Remedur zu fordern. Der Minister selber war auswärts, sein Vertreter, ein Arbeiter S e r e b r j a k o f f, sprach nur russisch. Für ihn führte ein deutschsprechender jüngerer Genosse, Dantsewitsch, das Wort, der bereits vorher bei den deutschen Arbeitern in Kolonna gewesen und sie dort „Konterrévolutionäre“ und „Welshgardisten“ tituliert hatte. Er zeigte auch in der Aussprache mit uns so wenig Verständnis für die ganze Situation, daß er den klassischen Ausdruck tat: „Wir können chinesische Kulis und deutsche Arbeiter nicht verschieben behandeln.“ Ich hielt es unter diesen Umständen für angezeigt, nochmals das Exekutivkomitee aufzusuchen, konnte aber S i n o w j e w im Krenl erst abends antreffen. Dort versicherten er sowohl wie K a d e l und B u c h a r i n mir im Beisein des Genossen S c h o l z nochmals, alles tun zu wollen, den deutschen Arbeitern schnellig zu helfen.

Wie die Dinge sich weiter entwickelt haben, entzweit sich unserer Kenntnis. In Petersburg hörte ich, daß einer der sieben Arbeiter, die nach Moskau gekommen waren, als blinder Passagier in Petersburg gelandet sei und geäußert habe, wenn man in Kolonna nicht bald für Abtransport sorgen werde, würden die Leute alle versuchen, auf diesem Wege zurückzukommen. Hoffentlich sorgen die russischen Genossen, gemäß ihren Versprechungen, dafür, daß der geordnete Rücktransport erfolgt, ehe der russische Herbst mit seinen ununterbrochenen Regengüssen oder gar der Winter mit seinen Schneemassen und seiner barbarischen Kälte einsetzt.

## Bruch der Neutralität?

### Eine russische Protestnote an Deutschland.

Berlin, 1. September. Wie die T. U. meldet, hat der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin Wladimir Kopp an das Auswärtige Amt folgende Note überreicht:

Durch den Gang der militärischen Operationen am Nordflügel der russischen Armee war ein Teil der Streitkräfte der russischen sozialistisch-föderativen Sowjetrepublik gezwungen, die ostpreussische Grenze zu überschreiten. Die russischen Truppen begaben sich auf ein Gebiet, das sowohl de facto als auch de iure der Oberhoheit des Deutschen Reiches untersteht. Auf Grund des bestehenden Friedenszustandes zwischen dem Deutschen Reich und der russischen Sowjetrepublik und im Hinblick auf die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung sollen die übertretenden russischen Truppen entwaffnet und in Deutschland interniert werden. Diese Entwaffnung und Internierung ist ausschließlich Sache der Behörden des Deutschen Reiches, das der russischen Sowjetrepublik gegenüber die volle Verantwortung für die ordnungsmäßige Durchführung der ganzen Aktion sowie für die Aufnahme und Aufbewahrung des von den Truppen mitgebrachten Heeresgutes trägt.

Angeichts dieser völkerrechtlichen Sachlage stellt die durch zuverlässige Nachrichtenquellen beglaubigte Beteiligung der sogenannten interalliierten Kommissionen bei der Entwaffnung und Internierung der russischen Truppen eine vollkommen unzulässige Einmischung dritter Mächte in eine Aktion vor, die sich ausschließlich zwischen Deutschland und Rußland abzuspielen hat. Die Einmischung ist um so unzulässiger, als sie von Mächten ausgeht, die nachweisbar direkt oder indirekt sich an dem russisch-polnischen Kriege zugunsten Polens beteiligen. Sie ist demnach nichts anderes als ein durch dritte Mächte auf dem Boden des Deutschen Reiches zugunsten Polens begangener Bruch der Neutralität.

Indem der ergebene Unterzeichnete die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Tatsache lenkt, bittet er die deutsche Regierung, an deren gutem Willen, die Neutralität aufs strengste zu wahren, er keinen Zweifel hegt, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Einmischung der interalliierten Kommissionen in die Entwaffnungs- und Internierungsaktionen künftig unter allen Umständen unterbleibt. Die russische Sowjetregierung ist bereit, die aus dem Uebertreten der russischen Truppen auf das deutsche Gebiet sich ergebenden völkerrechtlichen Konsequenzen auf sich zu nehmen und für den Unterhalt ihrer Truppen finanziell zu sorgen. Sie wird ihre Pflichten aber nur dann erfüllen, wenn sie die Sicherheit besitzt, daß ihre Truppen und ihr Heeresgut sich in der Gewalt eines neutralen Staates befinden und nicht Gegenstand der Verfügungen dritter Mächte werden können, deren Parteilichkeit für das gegen die russische Sowjetrepublik kämpfende Polen für alle Welt außer jedem Zweifel steht.

## Die ostpreussische Gegenrevolution.

Unter nach dem Osten entsandter Berliner Korrespondent schreibt uns aus Königsberg vom 28. August:

Der Herr Oberpräsident von Ostpreußen hat während meines Aufenthaltes an der russisch-polnischen Front versucht, meine Darstellungen über die kritische Lage in Ostpreußen abzuschwächen. Ich muß bei Nachprüfung der Verhältnisse nach meiner Rückkehr leider an allen meinen Feststellungen festhalten. Eine akute Gefahr liegt für den, der die Verhältnisse tiefer sieht, in der Tat nicht vor, aber nicht deshalb, weil die kampfbereite Reaktion einen Kampf nicht wünscht, sondern einfach deshalb, weil niemand sich ihr ernstlich entgegenstellen wird. Gehe es nach dem Wortlaut der Erklärungen, so wäre in Ostpreußen längst der Bürgerkrieg entbrannt. Aber der Oberpräsident ist in dem berechtigten Streben, Ruhe in Ostpreußen zu halten, um so nachgiebiger der bewaffneten Reaktion gegenüber, wenn diese eine drohende Haltung einnimmt. Die vom Oberpräsidenten als „vorläufig“ bezeichnete Ablehnung der Beteiligung der reaktionären Parteien am Provinzialwehrausschuß hält nun immerhin zwei Wochen an. Der Ton der Organe Leute wird mit jedem Tage anmaßender. Sie haben einen eigenen Nachrichtenvertrieb mit offenbar großen Mitteln gegründet unter dem Titel: Die Gefahr von Osten. Dieser verbreitet eine Erklärung der Selbstschußverbände Ostpreußens, die ganz offen den Oberpräsidenten und seine Maßnahmen verhöhnt. Es heißt darin:

Der Selbstschutzbund Ostpreußens steht trotz aller Aufstellungen und Maßnahmen des Oberpräsidenten auf einwandfrei rechtlicher Grundlage. In demselben Satz, in dem die Selbstschutzbünde erklären, daß sie sich „geschlossenen der Behörde zur Verfügung stellen“, betonen sie sehr energisch, daß sie sich die Verordnungen der Regierung ausführen werden, die sie anerkennen wollen oder nicht. Zum Schluß heißt es dann: „Jedes Einschreiten des Oberpräsidenten gegen den Selbstschutzbund Ostpreußens ist deshalb ungesetzlich. Unser Selbstschutz bleibt bestehen.“

Wie der Ton zeigt, wissen die Herren, daß sie vollauf Herr der Lage sind. Der Oberpräsident antwortet auch anstatt mit Haftbefehl und Auflösung mit einer langen juristischen Auseinandersetzung. Die Situation ist durchaus klar. Die Degeß wird alle Macht in Ostpreußen in der Hand behalten. Weber der Oberpräsident, noch sonst eine behördliche Instanz, wird ernsthaft den Versuch machen, sie zu entlassen. Früher oder später werden sie ihren illegalen Charakter in einen legalen verwandeln und so wird der Reaktion eine bis auf den letzten Knopf fertige Organisation jederzeit zur Verfügung stehen.

Es besteht also in der Tat keine akute Gefahr, um so größer aber ist die Bedrohung der Republik, die von Ostpreußen ausgeht. Die Organisatoren der reaktionären Kampftruppen haben erkennen lassen, daß sie vor keinem Mittel und keiner Gefahr zurückschrecken, um das letzte Ziel: die Wiederherstellung „geordneter“, das heißt „reaktionärer“ Verhältnisse zu erreichen. Darüber sollte auch der Oberpräsident pflichtgemäß sich und die deutsche Öffentlichkeit keiner Täuschung aussetzen. Die Agitatoren und Spitzel der Degeß treiben weiter ihr Spiel und suchen immer wieder, die Arbeiterschaft zu Putschversuchen aufzureizen. Das wird ihnen dank der Besonnenheit der ostpreußischen Führer der Linken nicht gelingen, aber sie werden ihr Ziel: die volle Aneignung der Macht in Ostpreußen, auch durch stille lautlose Maßnahmen erreichen. Man kann heute schon die Tage zählen, die der Polizeipräsident Lübbing, der einige ihrer Waffenlager im Königsberg hat ausheben lassen, noch auf seinem Posten sein wird.

### Die Frankfurter grüne Polizei schießt auf Arbeitslose.

Berlin, 2. Sept. (Eigene Drahtmeldung der V.B.) Die Freiheit meldet unterm 1. 9. aus Frankfurt a. M.: Bei der heutigen Arbeitslosendemonstration wurde, nachdem die erste Kommunion so lange blieb, eine zweite gewählt, die versuchen sollte, die Verhandlungen zu beschleunigen. Als diese Kommission ins Rathaus hinein wollte, um den Verhandlungen beizuwohnen, wurde sie mit Feuer empfangen. Ein Leutnant von der grünen Polizei hatte den Befehl gegeben, Schreckschüsse abzugeben, um die Menge zu zerstreuen. Als Opfer sind 3 Tote und 12 Verwundete zu verzeichnen.

Am Nachmittag wurde von der USF, eine Protestversammlung im Circus Schumann einberufen, die von ca. 15 bis 20 000 Personen besucht war. Diese Versammlung verlief völlig ruhig. Zur Zeit tagt eine Vertrauensmännerversammlung, die noch weitere Beschlüsse fassen wird.

### Ein Proteststreik?

Frankfurt a. M., 2. September. (W.B.) Zu den gestrigen Zwischenfällen im Anschluß an die Gewerkschaftsdemonstrationen ist noch zu berichten, daß eine große Menschenmenge am späten Nachmittag das Polizeirevier am Geisbüsch zu stürmen versuchte. Sie wurde jedoch von der Mannschaft des Reviers abgewiesen. Eine gestern abend abgehaltene Versammlung der kommunistischen und unabhängigen Betriebskomitees beschloß, für heute die Generalstreikparole auszugeben. Da das Gewerkschaftsamt diesem Beschlusse fernsteht, dürfte der Streik jedoch keine größere Ausdehnung erfahren.

### Reichswehr gegen demonstrierende Arbeiter

Berlin, 2. Sept. (Eigene Drahtmeldung der V.B.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Augsburg unterm 1. Sept., daß es im Anschluß an die Lebensmitteldemonstrationen, die am Nachmittag in Augsburg stattfanden, zu blutigen Zusammenstößen geführt hat. Es kam zu einer Schießerei und einem Handgemenge zwischen den Demonstranten und einer Abteilung Reichswehr, in deren Verlauf drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden. Eine Abordnung wurde ins Rathaus gelassen und brachte dort die Forderungen der Demonstranten vor.

### Vor dem Ende des Stuttgarter Generalstreiks?

Nach den Berichten bürgerlicher Blätter dürfte der Streik in Stuttgart seinem Ende zugehen. Der Aktionsausschuß soll sich nach einer Verammlung der Betriebsräte, in der es zu wütenden Lärmereien gekommen sein soll, aufgelöst haben. Es wird berichtet, daß die Gewerkschaften die Sache nun in die Hand genommen haben. Sie würden die von den Unternehmern geforderte Bildung einer gemischten Kommission, in der die Arbeiter neben den Betriebsräten auch durch ihre Landesverbände vertreten sind, vorsehen. Die Unternehmer hätten dem Aktionsausschuß am Vormittag Erlaubnis lassen, daß sie ihn nicht als die berufene Vertretung zur Beratung über die Frage der Wiedereinstellung der Arbeiter ansehen könnten und daher die Verhandlungen abbrechen müßten. Durch diese Entscheidung der Betriebsräte dürfte die Voraussetzung für eine baldige Beendigung des Generalstreiks gegeben sein. Am übrigen soll ein Abflauen der Streikbewegung bemerkbar sein.

### Die Lage in Oberschlesien.

#### Überfall auf deutsche Landjäger.

Hindenburg, 31. August. Landjäger, die sich auf einem Patrouillengang befanden, wurden gestern nachmittags bei Groß-Panow von einer Horde bewaffneter junger Burschen beschossen. Die Jäger flüchteten. Drei von ihnen wurden später erschossen aufgefunden.

### Deutscher Protest gegen die Fortsetzung des Mordens.

Wentzen, 2. September. Die Wehrkommission für Deutschland protestiert in einem an den Vorsitzenden der interalliierten Kommission, General Verand, gerichteten Telegramm gegen die Fortsetzung des Mordens in Oberschlesien und fordert, daß sofort von der interalliierten Kommission gezwungen wird, öffentlich und ungeschwächt in schärfster Form gegen die Fortsetzung der Blutthaten sich mit seiner ganzen Person einzusetzen.

### Strafe für die Stadt Kattowitz.

Kattowitz, 2. Sept. (W.B.) Wie polnische Blätter melden, hat der Kommissar für den Kreis Kattowitz, Oberst Stanchard, der Stadt Kattowitz eine Strafe von 10 000 Mk. für die Zerstörung des Schloßhauses vor der französischen Kommandantur aufgelegt.

### Die deutsche Regierung spricht Polen ihr Bedauern aus.

Warschau, 1. Sept. (W.B.) In Vertretung des deutschen Geschäftsträgers sprach Botschaftsrat v. Dicken der polnischen Regierung gegen das Bedauern der deutschen Regierung über die Breslauer Vorfälle aus. Die polnische Regierung hat die polnische Gesandtschaft in Berlin beauftragt, sich mit der deutschen Regierung wegen der Entschädigung für die Zerstörung des polnischen Konsulats in Breslau ins Einvernehmen zu setzen.

### Gerchland aus der Haft entlassen.

Wie dem Leipziger Tageblatt aus Halle gemeldet wird, ist Leutnant Gerchland, der wegen seiner Tätigkeit als Bevollmächtigter des revolutionären Arbeiterrats im März 1919 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, und der annähernd 20 Monate inhaftiert war, auf Grund der Amnestie aus der Haft entlassen worden.

### Deutsch-italienische Konferenz über die Ernährungfrage.

Berlin, 1. September. (W.B.) Bei der deutschen Regierung ist die Einladung zu einer Konferenz zwischen den Ernährungsministern von Italien und Deutschland eingegangen, in der über die Vorschläge für die Verpflegung des deutschen Volkes und über die Kohlenlieferungen Deutschlands beraten werden soll. Die Konferenz wird am 2. September in Straßburg stattfinden. Vertreter der englischen und französischen Regierung werden daran teilnehmen.

### Zusammenkunft der einzelstaatlichen Ernährungsminister.

Berlin, 2. September. Nach Blättermeldungen wurde in der gestrigen Konferenz der einzelstaatlichen Ernährungsminister mit dem Reichsernährungsminister den Forderungen, die das Reichsministerium für die Sicherung der Ernährung erhebt, insbesondere derjenigen einer Fleisch- und Brotsteuer, zugestimmt. Eine neue Besprechung ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

### Das strategische Ziel der Polen.

Wie aus Warschau berichtet wird, erklärte der polnische Staatspräsident Pilsudski auf die Frage nach dem strategischen Ziel des polnischen Vormarsches, daß die Grenzlinie für Polen strategisch wertlos sei, da sie im Ernstfall von der kleinen polnischen Armee nicht gehalten werden könne. Angesichts der ausgedehnten Front und der numerischen Stärke des polnischen Heeres halte er es für unmöglich, daß das polnische Heer eine rein defensive Haltung einnehme, wie es von der Entente gewünscht werde. Wenn Polen auf der sogenannten Entente-Linie Halt mache, so hieße dies, daß Polens Ansprüche mit dieser Grenze erfüllt sind. In London soll diese Erklärung Pilsudskis, die mit der von den Ententemächten aufgestellten Forderung an Polen im strikten Widerspruch steht, einen unangenehmen Eindruck gemacht haben. Nach den Londoner Blättern liegen in englischen amtlichen Kreisen noch andre Anzeichen vor, die darauf hindeuten, daß die polnischen Militäristen geneigt sind, den nachdrücklichen Rat der Alliierten, daß die in Versailles festgesetzte Grenze nicht überschritten werden solle, unbeachtet zu lassen.

Ueber die Stellung, die die Alliierten gegenüber dieser veränderten Haltung Polens einnehmen werden, liegen noch keine Meldungen vor. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der Hauptgegenstand der Besprechungen zwischen Sapieha und Dombowski die Frage einer Neuregelung der Grenzen sei. Mit einer solchen glaubt man bei den neuen Verhandlungen um so eher durchbringen zu können, als Radef in Wien erklärt hat, daß auch die Sowjetregierung ihre bisherigen Bedingungen einer Nachprüfung unterziehen wolle. Wahrscheinlich werde die polnische Regierung als Grenze die Linie der ehemaligen deutschen Schützengräben vorschlagen.

Auch gegenüber Litauen nehmen die Polen eine Haltung ein, die mit den gepflogenen Verhandlungen über die Festlegung einer Demarkationslinie zwischen Polen und Litauen im schärfsten Widerspruch steht. Die Polen bringen weiter gegen Litauen vor und haben nach Kämpfen mit litauischen Truppen Augustowo und Suwalki besetzt. Die polnische Militärkommission ist deshalb bereits von Romo nach Warschau zurückgekehrt, nachdem ihr von litauischer Seite nahegelegt worden ist, daß ihre Anwesenheit dem früher verfolgten Zweck nicht mehr entspreche. Der polnisch-litauische Konflikt hat sich also wesentlich verschärft und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Litauen zum aktiven Einmarsch in den russisch-polnischen Streit gezwungen wird.

Zu den abgebrochenen Verhandlungen zwischen Polen und England erklärt der Vorsitzende der polnischen Friedensdelegation nachdrücklich, daß es sich nur um eine zeitliche Unterbrechung handle. Ueber die Fortsetzung der Verhandlungen seien zur Zeit Beratungen zwischen Warschau und Moskau im Gange. Ferner wird aus Warschau aus angeblich gut unterrichteter Quelle gemeldet, daß ein Gedankenaustrausch zwischen der polnischen Regierung und der Sowjet-Regierung über eine Erweiterung der neuen Verhandlungen zu einer Konferenz sämtlicher Randstaaten, deren Unabhängigkeit die Sowjet-Regierung anerkannt habe, stattfindet. Deshalb dürften zur Wiederaufnahme der Verhandlungen noch mehrere Tage vergehen. Die lettische Regierung soll der Verlegung der russisch-polnischen Konferenz nach Riga zugestimmt haben.

Ueber die militärische Lage liegen folgende Meldungen vor: Moskau, 31. August. (Durch Funkpruch.) Operationsbericht der russischen Sowjetrepublik vom 30. August: Westfront: Im Abschnitt Wolkowist besetzten wir eine Reihe Ortschaften 15-30 West südlich Blagost und erbeuteten Panzerautos, sowie neun Riflen mit Munition. Im Abschnitt Brest-Litowsk drückte Kämpfe. Im Abschnitt Wladimir-Wolkowist besetzten wir die Stadt Belz und eine Reihe Reihe Ortschaften nördlich davon, wobei wir, Gefangene machten und drei Geschütze erbeuteten. In den Abschnitten Lemberg, Przemysl sind hartnäckige Kämpfe mit einem Uebergewicht auf Seiten unserer Truppen. Krimfront: Abschnitt Dschow: Die für uns erfolgreichen Kämpfe dauern an.

Königsberg (Pr.), 1. September. Lagebericht. Der polnische Nordflügel im Gebiet von Suwalki und zwischen Augustowo-Kanal und dem Forst von Bseloweski ist in langsamem Vorwärtreiben. Die litauischen Truppen werden kampflös zurückgenommen. Auf russischer Seite zeigt sich Widerstand nur an der Bahn von Wolkowist und südlich des Narew. Der Anariffabschnitt der Armee Judjennys wurde nach Norden bis südwestlich Scholm erweitert. Kamocze wurde von den Russen genommen. Bei Gadowieck hartnäckige Kämpfe. Ostlich von Lemberg wurden polnische Angriffe abgewiesen.

### Berschräfter polnisch-litauischer Konflikt.

Berlin, 2. September. (Eigene Drahtmeldung der V.B.) Unser Berliner Korrespondent telegraphiert unterm 1. Sept. aus Rom: Der polnisch-litauische Konflikt hat sich verschärft. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die polnische Delegation ist abgereist. Die Polen fordern die Bahnlinie Grodno-Malobeskin und die Garantie, daß die Bahnlinie Grodno-Wilna nicht militärisch von den Russen besetzt werden würde. Bei weiterem Vormarsch der Polen ist der Krieg nicht mehr zu vermeiden. Litauische Militärs haben bereits Augustowo mit Bomben besetzt. Die Engländer wollen vermitteln, indem sie die Polen zurückhalten lassen.

### Aufstand gegen das Wrangel-Regiment in der Krim.

Berlin, 2. Sept. (Eigene Drahtmeldung der V.B.) Die Note Fahne meldet unterm 31. aus Wien: Aus Mookau wird am 24. August gemeldet: Hinter der Front Wrangels sind Aufstände ausgebrochen. Mehrere 1000 Russen haben sich bewaffnet. Viele von Wrangel eingesezte Funktionäre wurden ermordet. Die Ajzentierungen (Nachhebungen) für die weiße Armee wurden verhindert, der Nahtransport unterbunden. An dem Aufstand ist vornehmlich die Jugend beteiligt, die ihrer Sympathie für das Sowjet-System unerschollen Ausdruck gibt. Aber auch ein Kosaken-Regiment hat sich zu den Aufständischen geschlagen. Vier größere Militärverbände haben sich zu einer Armee vereinigt, die sich Krim-Sowjet-Armee nennt. Die Aufständischen werden in jeder Hinsicht von der Bevölkerung unterstützt, die Wrangel feindlich gesinnt ist.

### Zur Lage Wrangels.

London, 1. Sept. Times berichten aus Konstantinopel, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß General Wrangel sich in der Krim auf die Defensiv beschränken werde, so daß er nötigenfalls die Gegend nördlich der Krim aufgeben werde, um seine ganzen Offensivkräfte im Südkaukasus und im Dongebiet einzusetzen. Nach demselben Blatt wäre die Räumung von Tefalerinodar und Noworossol eine von Wrangel angeordnete Finte. In einem eigenen Bericht Wrangels vom 28. August heißt es: Nach achtstündigem Kampf fügten wir der feindlichen Nordgruppe eine erste Niederlage zu und zwangen die roten Truppen zur Aufgabe der Offensive. Wir machten über 1000 Gefangene und erbeuteten 13 Geschütze und über 40 Maschinengewehre.

### Bürgerkrieg in Irland.

Belfast, 1. September. Die Unruhen haben den Charakter des Bürgerkrieges angenommen. Der Kampf tobte am Montag den ganzen Tag. Seit Beginn der Unruhen zählt man 18 Tote und 200 Schwerverletzte. Abends erhellten viele Feuerbrünste die Stadt. Aus einem Stadtviertel allein wurden 20 Brände gemeldet. Fast alle öffentlichen Gebäude und die meisten Gastwirtschaften stehen in Flammen. Viele Einwohner sind aus der Stadt geflüchtet. In Dublin ist Militär einetroffen, das in Vakantus und Sonderzügen nach Belfast weiterbefördert wurde.

London, 1. Sept. Nach einer Meldung aus Belfast wurde gestern abend noch an verschiedenen Stellen der Stadt geschossen, jedoch hat sich die allgemeine Lage behütend gebessert.

### Abstimmungsergebnis über den englischen Bergarbeiterstreik.

London, 1. September. (W.B.) Der Exekutivauschuß der Bergleute teilt mit, daß das Abstimmungsergebnis zugunsten des Streiks 607 782 Stimmen aufweist, dagegen stimmten 238 865.

Die Abstimmung hat also die notwendige Zweidrittel-Majorität ergeben. Die Führer des Bergarbeiterverbandes sind demnach ermächtigt, die Kohlenförderung sofort einstellen zu lassen. Der weitere Verlauf der Dinge hängt wesentlich von der Konferenz des sogenannten Dreiverbandes (Bergarbeiter-, Transportarbeiter- und Eisenbahnerverbände) ab. Ueber deren Entscheidung wird berichtet.

Amsterdam, 1. September. Der Telegraaf meldet aus London: Der Dreiverband, die Vereeniging der drei größten englischen Gewerkschaften, hat den Beschluß gefaßt, daß die Forderungen der Bergarbeiter recht und billig seien und daß sie zugestanden werden sollten.

Nach einer weiteren Meldung sind die drei Verbände am Mittwoch erneut zusammengesessen, um die Maßnahmen zu besprechen, die zu ergreifen sind. Trotzdem die Lage äußerst schwierig erscheint, hoffe die englische Regierung nach dem Konflikt beilegen zu können. Daily Chronicle erklärt sich dagegen zu der Mitteilung ermächtigt, daß die ablehnende Haltung der englischen Regierung den Forderungen der Bergarbeiter gegenüber sich nicht geändert habe.

### Aus der Partel.

#### Ein Skandal Person.

Wilhelm Person ist von Moskau nach Hamburg zurückgekehrt, und wieder Chefredakteur der Hamburger Volkszeitung. Es ist ein Skandal, daß ein so berühmter Mensch, dessen Streichung von der Liste der Reichstagsabgeordneten das Zentralkomitee von den Hamburger Genossen erfordert, gegen den es die Einleitung des Russisch-Verfahrens verlangt hat, noch einen so wichtigen Vertrauensposten bekleiden und die Redaktion gar auf der jetzigen Parteikonferenz in Berlin vertreten darf. Mindestens bis zur Erledigung seiner Ämter müßten ihm die Hamburger Genossen suspendieren, wenn er nicht selbst so viel Takt hat, sich solange zurückzuhalten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Rast in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Friedrich Will in Norddorf-Weitzsch.

Druck und Verlag: Verlag der Arbeiter-Partei, Leipzig.

Einmaliges Sonderangebot in guten Schuhwaren

Herren-Stiefel Boxallbesatz	125.-
moderne Formen, Größe 40-47	
Damen-Hochschaffstiefel	150.-
elegante Form	
Damen-Stiefel	115.-
Hochschaff und Normalschaff	
Damen-Lackbesatzstiefel	195.-
in Chevren-Einsatz	
Damen-Halb-schuhe	135.-
in Chevren und Boxall, Größe 35-42	85.-, 125.-

Schuhwaren-Haus Mannheimer Johannisplatz 1-2 (Hotel Sachsenhof).

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

# Wichtige Bekanntmachungen.

## 1000 Mark Belohnung!

Am 31. August d. J. nachmittags zwischen 1/2 und um 7 Uhr wurde einem biesigen Kaufmann auf einem Straßenbahnwagen der Linie 10 während der Fahrt von der Kronprinzstraße bis nach dem Königplatz

1 goldene Herrenuhr ohne Sprungdeckel, Schweizer Fabrikat, 18 Kar., im Innendeckel „18 K“ eingraviert, mit eiserner Kriegsfeste von 1916 aus der Tasche gestohlen.

Auf Herbeischaffung der sehr wertvollen Uhr hat der Verleiher eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. Sachdienliche Beobachtungen werden schnellstens an die Kriminalabteilung erbeten an Kr.-B.-N. IV 2146/20. Leipzig, den 1. September 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## 1000 Mark Belohnung!

Gestohlen wurden am 30. August d. J. zwischen 11 Uhr vormittags und 1/2 Uhr nachmittags aus einem Rauchwarengeschäft in der Nikolaitraße 40 ausgerüstete Stuntstelle, achtempelt mit einem „B“. Auf Ermittlung der Täter und auf Herbeischaffung der gestohlenen Stelle sind von der ac-

schädigten Firma je 500 Mk. Belohnung ausgesetzt worden. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung an Kr.-B.-N. II 2151/20. Leipzig, den 1. September 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## 800 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 1. September 1920, vermutlich in den frühen Morgenstunden, sind aus einem Geschäftsraume in der verlängerten Wismannstraße in Leipzig-Volkmarisdorf 1 Schreibmaschine, Marke „Abler“ Nr. 17083; 1 dunkelbraune Girardiade, auf der linken Vor-

derseite gemerkt P. U. 7388; 2000 Zigaretten und einige Zigarren gestohlen worden. Auf Herbeischaffung der gestohlenen Schreibmaschine sind vom Geschädigten 800 Mk. Belohnung ausgesetzt worden. Sachdienliche Mitteilungen schnellstens an die Kriminalabteilung erbeten an Kr.-B.-N. IV 2154/20. Leipzig, den 1. September 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

## Allgemeine Ortskrankenkasse Brandis-Wurzen Land.

Die Liste der bisherigen Ausschussmitglieder wie der Erlahmänner ist erschöpft, sodass eine Neuwahl vorgenommen werden muß. Es sind zu wählen auf die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1924 9 Vertreter und 18 Erlahmänner aus der Mitte der Arbeitgeber und 18 Vertreter und 36 Erlahmänner aus der Mitte der Versicherten.

Die Wahl der Vertreter der Versicherten findet am Montag, den 18. Oktober 1920, von 4-9 Uhr nachmittags, die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber am Dienstag, den 19. Oktober 1920, von 3-6 Uhr nachmittags, statt.

Für den Bezirk der Geschäftsstelle Brandis sind Wahllokale errichtet worden im Parkschloßchen zu Brandis, im Feldschloßchen zu Weuditz und im Feldschloßchen zu Wurzen.

für den Bezirk der Zahlstelle Wurzen im Hotel Victoria zu Wurzen und im Gasthof zu Wüdnitz.

Als Wählerlisten gelten die Verzeichnisse. Sie können während der Geschäftszeit in den Geschäftsstellen Brandis und Wurzen eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse als Wählerlisten sind bei Vermittlung des Ausschusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem unterzeichneten Vorstande einzuwenden.

Den Arbeitgebern wird ein Wahlausweis ausgestellt. Für die Versicherten gilt als Wahlausweis das, bis 3 Tage vor der Wahl, vom Arbeitgeber abgestempelte Mitgliedsbuch. Die Mitgliedsbücher der freiwilligen Mitglieder werden an den Geschäftsstellen der Kasse abgestempelt.

Wer nicht im Besitz eines Mitgliedsbuches ist, hat sich ein solches von der zuständigen Kassenstelle zu beschaffen. Für Versicherte, die erst kurz vor der Wahl im Kassenbezirk eine versicherungspflichtige Beschäftigung übernommen haben, genügt eine Arbeitsbescheinigung vom Arbeitgeber.

Der Wahlausweis ist befugt die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis mitzubringen.

Es können nur Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens bis zum 20. September 1920 bei dem Kassen-vorstand eingereicht werden.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die Wahlvorschläge werden nach ihrer Zulassung veröffentlicht, auch können sie von den Wählern während der Geschäftszeit in den Geschäftsstellen der Kasse eingesehen werden.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 10 Stimmen unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterzeichnung auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens 2 Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal soviel Bewerber benennen als Vertreter zu wählen sind.

Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer anzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor-(Ruf-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen.

Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber bei dem sie beschäftigt sind und die Mitgliedsnummer anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichs-versicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter.

Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Befestigung etwaiger Anträge erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe sein und die Größe von 9 zu 14 cm haben. Es genügt, wenn die Stimmzettel die Nummer (nicht die Namen) des Wahlvorschlags tragen. Das Wahlrecht ist in Person auszuüben. Jeder Versicherte hat eine Stimme. Auf die Wahlordnung (Anhang der Kassenabteilung) wird verwiesen.

Brandis, den 31. August 1920. Der Vorstand.

## Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

**Turn-Bereine**  
L.-Gutritsch. Turnverein Nordwest. Freitag, den 3. September, abends Punkt 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Lindenhof.  
Sonntag, den 5. September, nachmittags 3 Uhr, **Kinder-Schauturnen** auf unserem Turnplatz in der 33. Volksschule (Salzmann-Theresienstraße). Stellen der Kinder zum Festtag 1/2 Uhr im Gosen-schloßchen. Abmarsch Punkt 2 Uhr. (Näheres siehe Programm.) Der Turnrat.

L.-Gohlis. Turnverein L.-Nord. Sonntag, 5. September, **Kinder-Ausflug** nach dem Ritterstischchen Bärnd. Dabei Spiel und Verteilung von Geschenken. Sammeln mittags 1 Uhr auf der Kubewiese. Der Turnrat.

**Radfahrer-Bund Solidarität**  
Abt. Nord. Sonnabend, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, **Nachtausflug** mit Musik nach Branten-beim (30 km). — Sonnabend, den 11. September, 24. **Stiftungsfest** im Schloß Drachenseels. Um recht zahlreiche Beteiligung bitte! Der Vorstand.

**Der Klassenkampf in Rußland.** Von Paul Böttcher. Preis 30 Pfg. Leipzig Buchdruckerei A. G.

## Schokoladen

# KAUF HAUS BRÜHL

### Konfitüren im Lichthof

Sahne-Creme-Schokolade	50-g-Tafel	3.25
Vanille	100 "	4.50
Nuß-Schmelz-Schokolade mit ganzen Nüssen	100 "	5.75
Elstertreu-Schokolade	100 "	5.75
Maronetta	100 "	5.75
Mocca	100 "	6.20
Gala-Hubert	100 "	6.20
Eisbonbons in Papier gewickelt	1/4 Pfund	4.—
Gefüllte Kissen in Papier gewickelt	1/4 "	4.—
Pfeffermünz-Bruch	1/4 "	4.25
Cocos-Flocken	1/4 "	4.—
Gelee-Himbeeren	1/4 "	5.—

### Nürnberger Lebkuchen

Allerlei, Busserl, Spitzkugeln. Fabr.: Heinrich Häberlein u. F.G. Metzger  
Neu eingetroffen

# L.-Ost.

Freitag, den 3. September, abends 1/8 8 Uhr

## Öffentliche Versammlung

im Schützenhaus, Sellenhausen.

Tagesordnung:

1. Zeitfragen für das Proletariat. Referent: Paul Böttcher, Stuttgart.
2. Freie Aussprache.

Sand- und Kopfarbeiter des Oitens! Auf, in die Versammlung!  
Der Vorstand des Ortsvereins L.-Ost. (U. S. P. D.)

## De Voorde Patent-Pfeife

Federleicht! Gewicht compl. c. 35 Gramm.

**DE-VOORDE-PATENT-PIPE-CO.**  
BREMEN - HUMBOLDTSTRASSE 91

## U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Mit-Leipzig, Bezirk Zentrum. Freitag, den 3. September 1920, abends 1/8 8 Uhr, **Bezirksversammlung** im Restaurant zum Aufelsbaum, Burgstraße 7. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin **Plottke**: Die Frau von heute. 2. Diskussion hierzu. 3. Verschiedene wichtige Angelegenheiten. Frauen und Töchter als Gäste willkommen. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt erforderlich. Die Bezirksvertreter.

Lößnig. Freitag, den 3. September, abends 1/8 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Stern. Tagesordnung: Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Referent: Genosse **Kurt Wildels**. Zu zahlreichem Besuch der Versammlung fordert auf Der Vorstand.

## Zahn-Praxis Leopold Bielawski

Dentist  
Sprechst. 9-12, 3-6 Uhr. Windmühlenstr. 30, II.

Ein treues liebes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, verschied heute früh 8 Uhr, im Alter von 67 Jahren, unsere liebe herausgute, treuherzige Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Saltwirtsowitwe Marie verw. List geb. Titscher**.

L.-Thonberg, den 1. September 1920  
In tiefstem Weh  
Die Hinterbliebenen  
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.  
Einäschung Sonnabend, 4. September, mittags 1/2 12 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus.

Nach langem und mit größter Geduld ertragenem schwerem Leiden verschied plötzlich und unerwartet Dienstag, nachmittags 2 Uhr, im Alter von 19 Jahren und 10 Monaten, mein geliebter Sohn und Bruder, Entel, Neffe und Cousin, der Kernmacher **Karl Degenhardt**.

Dies zeigt in unsagbarem Schmerze an  
L.-Lindenau, Bahnhöfstr. 10, 1. September 1920  
**Richard Degenhardt** im Namen aller Hinterbliebenen.  
Beerdigung findet Freitag, vormittags 11 Uhr, auf dem Lindener Friedhof statt.

Am 1. September, früh 1/3 3 Uhr, verschied nach kurzem aber schwerem Krankenlager im Krankenhaus St. Georg, im Alter von 18 Jahren, unsere herausgute Tochter und Schwester **Hildegard Scherll**.

L.-Möckau, Webdissenstr. 10, 2. September 1920  
In tiefster Trauer  
**Familie Max Scherll**  
Die Beerdigung findet Sonnabend, 4. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Am Dienstag entließ im 72. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Frau **Emilie verw. Hoppe geb. Koch** Am stille Teilnahme bittet **Familie Paul Kunze**.

Beerdig. Sonnabend, 4. September, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Connewitzer Friedhofs aus.

## Zur Aufklärung!

Es sind in der Stadt Gerüchte aufgetaucht, die zur Zeit auf dem Reckplatz befindlichen **Schwestern Blazek** seien nicht zusammengewachsen. Daher sieht der Impresario der Blazekschau sich veranlaßt, eine Prämie von **10000 Mark** auszusetzen für denjenigen, der den Nachweis erbringt, daß die beiden Schwestern nicht wirklich zusammengewachsen sind.

Es finden daher am Freitag, dem 3. September, ab 2 1/2 Uhr nachmittags, halbstädtisch benannte **Aufklärungsvorstellungen** statt, zu denen aber **nur Damen Zutritt** haben.

## Umgepreßt

werden Herren- und Damen-Hüte bei **Richard Schulze** Pl. Merleburg, Str., Ecke Aureliienstraße.

## G. Jentzsch

Leipzig-Plagwitz, Karl-Helne-Strasse 53  
Naturheilverfahren - Künstliche Höhensonne  
Fernsprecher 40198.

# Die Reichskonferenz der U. S. P.

Berlin, 1. September.

Die von der Parteileitung der U. S. P. D. einberufene Parteikonferenz zur Entgegennahme des Berichts der Delegation nach Moskau findet heute im Reichstagsgebäude statt. Anwesend sind 188 Teilnehmer, darunter die Mitglieder der Reichstagsfraktion. Genosse Zieg eröffnet um 11 1/2 Uhr vormittags die Tagung. Genosse Ledebour beantragt für den ersten Tag ohne Unterbrechung zu tagen, da auf 5 Uhr nachmittags der Ausschuss des Auswärtigen zusammenberufen worden sei. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen. Abends ergreift Genosse Crispian das Wort:

## Das Referat Crispians.

Crispian erinnert an den hinsichtlich der Internationale in Leipzig gefassten Beschluß und hebt die bisherigen Bemühungen des Parteivorstandes hervor, eine Verständigung mit der Moskauer Internationale anzubahnen. Von westeuropäischen Parteioptionen war an den Vorstand herangetragen worden, um eine gemeinsame Tagung der westeuropäischen sozialistischen Parteien zu veranlassen. Dieser Anregung sei aber die Zentrale ausgegangen, um die Verhandlungen mit Moskau in keiner Weise zu erschweren.

Die Delegation kam am 19. Juli in Petersburg an. Der Kongreß wurde mit einer Rede Lenins über die politische Weltlage eröffnet. Am 20. Juli fuhr der ganze Kongreß nach Moskau und setzte dort seine Tagung fort. Am 21. Juli trat die Delegation zu einer Besprechung zusammen. Hierbei äußerte Genosse Stoedcker, daß die Verhandlungen von Crispian und Dittmann zu führen seien, da er und Däumig ja für den Anschluß ohne Verhandlungen eingetreten seien. Dem trat Crispian sofort entgegen und betonte, daß die Delegation unbedingt geschlossen auftreten müsse.

Bei der ersten Tagung mit dem Exekutivkomitee verlangte der Holländer Wynkopp den Hinauswurf der Delegation aus der Partei, dem aber nicht stattgegeben wurde. In dieser Sitzung gab Crispian einen gedrängten Bericht. Hieraus wurden von Kadek verschiedene Fragen an die Delegation gestellt. Zunächst fragte Kadek, ob die gesamte Delegation geschlossen für das Antwortschreiben der Zentrale verantwortlich sei. Die zweite Frage bezog sich auf die Teilnahme der U. S. P. D. an der Regierung und die dritte auf die Ausweisung der russischen Vertretung. Eine weitere Frage betraf den Terror. Ferner fragte Kadek, mit welcher Methode die U. S. P. D. siegen wolle.

Danach richtete der Kommunistenführer Dr. Levi (Deutschland) einige Fragen an die Delegation. Zunächst fragte er, unter welchen Bedingungen die U. S. P. D. der 3. Internationale beitreten würde. Ferner erinnerte er an die verschiedenen in Leipzig zum Ausdruck gekommenen Auffassungen und fragte, ob die Delegation geschlossen einer Auffassung sei. Danach richteten noch Meyer (Deutschland) und Serrati (Italien) einige Anfragen an die Delegation. Von einer sofortigen Beantwortung wurde zunächst Abstand genommen. In einer Sitzung der Delegation hat diese zu den Fragen Stellung genommen. Über eine Verständigung schiederte schon daran, daß Genosse Stoedcker die Mitverantwortung an dem Antwortschreiben ablehnte.

In der darauf folgenden Sitzung des Exekutivkomitees hielt zunächst Sinowjew ein größeres Referat, das die Wichtigkeit der politischen Partei hervorhob und in allen wesentlichen Teilen mit den Ausführungen der U. S. P. D. übereinstimmte.

Eine weitere Sitzung des Exekutivkomitees fand am 24. Juli statt, bei der die Leitfrage der dritten Internationale angenommen wurde. Bei der Bildung von Kommissionen wurde die Frage aufgeworfen, ob auch die U. S. P. D. hierbei mit beratender Stimme teilnehmen könne, wie ihr dies für die Tagung des Exekutivkomitees zugestanden worden sei.

Schließlich wurde die Zulassung der Delegation zu den Kommissionen beschlossen. In einer Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung der Aufnahmebedingungen in die dritte Internationale wurde von Kadek noch einmal das ganze Sündenregister der U. S. P. D. verlesen. Ebenso griff Sinowjew die U. S. P. D. hart an. Eine weitläufige Diskussion entspann sich über die Forderung der Bewaffnung und des Terrors. Däumig verzichtete sich in dieser Sitzung auch gegen die Bildung einer Liste der aus der Partei auszuschließenden Genossen, da dies der Einheitslichkeit der proletarischen Bewegung große Gefahr bringe.

Hierauf sprach Trotski mit aller Deutlichkeit aus, daß man es zu einer Spaltung der U. S. P. D. bringen müsse. In einer weiteren Sitzung legte Sinowjew den Antrag Lenins vor, alle Parteimitglieder der U. S. P. D. zu zweidritteln mit solchen Genossen zu belegen, die schon vor dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale zur dritten Internationale gestanden seien. Hierzu erklärte die Delegation geschlossen, daß solche Bedingungen unannehmbar seien. Der Antrag fand dann aber mit fünf gegen drei bei zwei Stimmenthaltungen Annahme. Gegen die These wandte sich auch Serrati, der diese für widersprüchlich erklärte. In einer fünften Sitzung des Exekutivkomitees sprach Sinowjew. Hierbei erklärte er es für unmöglich, mit den Rechten der U. S. P. D. zusammenzuarbeiten. Das Antwortschreiben der U. S. P. D. deute auf Ententeorientierung hin. Weiter kam er auf die französische, schweizerische, italienische und andere Parteien zu sprechen. In allen der dritten Internationale angeschlossenen Parteien übte er schärfste Kritik. Bei den meisten würde opportunistische Politik getrieben, die sich mit den Grundfäden der dritten Internationale unmöglich vereinbaren ließe. Ferner machten hierbei Vertreter der verschiedenen Parteien Mitteilungen. Meyer (Deutschland) meinte, der U. S. P. D. stehe die Organisation höher als die Revolution. Ledebour habe die Diktatur verworfen. Auf die Leiter der Partei seien keine Erwartungen zu setzen. Auch Münzenberg trat der Aufnahme der U. S. P. D. scharf entgegen. Dann sprach Crispian. Er warnte vor den auf eine Spaltung der U. S. P. D. gerichteten Hoffnungen und erinnerte an die Rede Sinowjews, in welcher er seine einzige bisher der dritten Internationale angehörende Partei — außer der russischen — als würdig befunden habe. Die U. S. P. D. sei eine durchaus revolutionäre Partei und würde dies ungeachtet aller Beschlüsse des Kongresses bleiben. Serrati verteidigte die U. S. P. D. Sie sei in keiner Weise mit der französischen Partei gleichzusetzen. Dann sprach Lenin. Er warf vor, Ledebour verwerfe den Terror, Crispian habe gesprochen wie ein Sozialpaktist. Däumig wies diese Angriffe dann in ihren hauptsächlichsten Teilen zurück. In Einzelheiten sei die Kritik berechtigt. Sinowjew stellte mit, daß Kühle und Meyer von der U. S. P. D. eine Beteiligung am dem Kongreß abgelehnt hätten, weil sie die Leitfrage der dritten Internationale als opportunistisch verwerfe. Wynkopp beschränkte die These und meinte, nach Anhören der Genossen Däumig und Stoedcker habe er alle Hoffnungen auf die Linke innerhalb der U. S. P. D. aufgegeben.

In der 7. Sitzung sprach Bucharin über Parlamentarismus. Am 28. Juli fand dann die zweite Vollversammlung des Kongresses statt, die über die Notwendigkeit politischer Parteien debattiert. Referent war Sinowjew, dessen Ausführungen sich nicht mit dem besten, was ich selbst einmal über diese Frage ausführte.

Die politischen Parteien seien die einzigen, die den revolutionären Kampf durchführen können. Das ganze war ein U.S.P.-Referat, wie es jeder rechte Führer halten kann. Eine Rede Henkes wurde von Sinowjew als rechtssozialistisch bezeichnet, trotzdem sogar Kaza Zettin den Genossen Henke damals zu dieser Rede beglückwünschte hatte. In der Diskussion sprach Genosse Serrati, der ausführte, daß man auf dem Kongreß nicht nur Stellung gegen den Opportunismus, den Reformismus, sondern auch gegen Syndikalismus, Individualismus und Anarchismus nehmen müsse. Darauf sagte Trotski, er verhandele lieber mit spanischen Syndikalisten, holländischen Anarchisten als mit Scheidemann und Kautsky. In der Vollversammlung wurde die Leitfrage über die politischen Parteien angenommen.

Der 24. Juli brachte die dritte Vollversammlung des Kongresses mit dem Bericht von Sinowjew über die Leitfrage der RPD. Man wolle Syndikalisten und Anarchisten in den Reihen haben, damit sie täglich mehr Kommunisten würden. Es wurden sieben Kommissionen über die These eingeteilt. Es entstand die Frage, was geschieht mit den U.S.P.-Delegierten. Sollten sie in diese Kommissionen hinein. Es war ihnen beratende Stimme zugesagt worden. Nur Holland, Wynkopp, wandte sich wieder dagegen, daß die U.S.P.-Delegation in den Kommissionen vertreten sein solle. Kadek war dafür, Guildeaux war dagegen. Die Situation war so, daß Däumig auffragte, an das Rednerpult eile und in den Saal donnerte, er vermehre sich dagegen, daß die U.S.P. nicht als revolutionäre gelten solle. Wynkopp erhob nochmals Widerspruch. Sinowjew antwortete ihm aber, daß die U.S.P. trotz ihres rechten Flügels eine große Massenpartei sei, daß aber Wynkopp in 15jähriger Arbeit nicht mehr als 1500 Menschen um sich geschart habe. Es wurde dann beschlossen, uns an der Kommissionsarbeit teilnehmen zu lassen.

Wir beschränkten uns auf die eine Kommission, in der die Anschlußbedingungen beraten wurden. Nochmals wurde dann das ganze Sündenregister der U.S.P. aufgezogen. Dittmann betriebe eine Gewerkschaftspolitik wie Lenin, er sei kein Revolutionär. Auf unsere Einwendung, daß die RPD in Deutschland in der revolutionären Periode auch keine andere Politik getrieben habe als die U. S. P., erklärte Sinowjew, die R. P. D. habe alle Entschuldigung für sich, sie sei eine kleine Partei. Dittmann werde unter keinen Umständen in die 3. Internationale aufgenommen werden.

Meyer, der deutsche Kommunist, wies darauf hin, daß die deutsche Delegation doch gespalten sei, da Däumig und Stoedcker immer schwiegen und nur Crispian und Dittmann redeten. Dittmann wandte sich dagegen, daß in die Bedingungen aufgenommen werde, daß man den bewaffneten Aufstand vorbereite. So etwas tut man, lege es aber der breiten Öffentlichkeit nicht vor. Wir wollen nicht die Partei dem Kapitalismus als Freiwild ausliefern. Denn in diesem Falle wären die Massen der kapitalistischen Klassen jenseitig ausgeliefert. Wir wollen nicht die Grundfrage über die illegalen Organisationen in die Bedingungen aufnehmen. Auch Däumig und Stoedcker stimmten uns bei in der Sache. Unser Einwand machte Eindruck in der Kommission. Es wurde eine Unterkommission gebildet, in die Dittmann delegiert wurde, um eine Formulierung zu finden, die auch für Deutschland annehmbar wäre. Ich selbst habe dann die Ausrufung Ledebours auf dem Leipziger Parteitag richtiggestellt. Was man heute in Russland propagieren kann, wo kein ernsthafter Gegner mehr gegenübersteht, das ist in Deutschland unmöglich. Däumig spricht von den beiden Strömungen in der Partei und meint, daß der linke Flügel jetzt gestärkt sei. Er wandte sich aber entschieden gegen eine Namensliste, da sie den Ausschluß unmöglich mache. Trotski hielt eine heftige Rede gegen die U. S. P., die Freiheitlichkeit und die ganze Parteipresse. Die Spaltung der U. S. P. müsse kommen.

Trotski plädiert für das schärfste Programm, damit die Führer unschädlich gemacht werden. Wir demühten uns in einer weiteren Sitzung, die Namensliste zu verhindern. Sinowjew brachte so leichtsin einen Antrag Lenins zur Kenntnis, daß im Zentralvorstand der U. S. P. zwei Drittel der Mitglieder nur aus solchen Personen bestehen dürfen, die schon vor dem 2. Kongreß der 3. Internationale für den bedingungslosen Anschluß waren. Wir erklärten alle vier einstimmig, daß daran alles scheiterte. Das machte Eindruck. Trotzdem wurde der Antrag in der Kommission angenommen. Wir nahmen an, daß der Kongreß selbst zu einer andern Stellungnahme kommen werde und verhandelten weiter.

Am 26. Juli tagte der Kongreß weiter. Vorher war die Delegation unter sich zusammengelassen, und hier kam Stoedcker damit heraus, daß Sinowjew doch nicht ganz Unrecht habe, daß Dittmann und ich unsere Partei doch zu vollkommen hinjesselt haben, und daß er nicht mit uns einverstanden sei. Crispian wandte sich mit äußerster Schärfe gegen das Gebaren Stoedckers unter dem schärfsten Beifall der Anwesenden. Er wies besonders auch auf die gemeinsamen Unterhandlungen Stoedckers und Wilhelm Herzogs hin, was von Seiten Herzogs, der in der Konferenz anwesend war, erregte Zwischenrufe veranlaßte.

Eine scharfe Rede hielt Sinowjew gegen die politischen Arbeiter. Er bezeichnete sie in vielen Fällen als objektiv konterrevolutionär.

Nach diesen Sitzungen trat die Delegation der U. S. P. noch einmal zusammen, um über eine gemeinsame Erklärung zu beraten. Ein von Dittmann vorgelegter Entwurf wurde von Däumig und Stoedcker abgelehnt. Da eine Verständigung hierüber nicht zu erzielen war, so wurde von der Abgabe einer Erklärung ganz Abstand genommen. In diesem Moment brachte Dittmann die Mitteilung, daß von der Subkommission alle aus den Aufnahmebedingungen herausgenommenen Schärpen in weit stärkerem Maße wieder eingeseht waren und in der veröffentlichten Form zur Annahme gelangten.

Im weiteren Verlauf des Berichts kommt Crispian auch auf den am 4. August in der Hamburger Volkszeitung erschienenen Aufruf Wilhelm Herzogs zu sprechen. Er brandmarkt solche Machenschaften als hinterhältig und verwerfend.

„Zusammenfassend muß ich sagen,“ so fuhr Crispian fort, „daß bei geschlossenem Auftreten der Delegation die Verhandlungen zu einem Ziele hätten führen müssen.“

Wer die Verfassungen der dritten Internationale annehme, der müsse sich die Taktik der deutschen Kommunisten zu eigen machen. Wobin das führen könne, der möge das daran erkennen, daß in Deutschland von den Kommunisten jetzt Propaganda für den Krieg gegen Frankreich einfließt wird. Die U.S.P. habe eine Weltmission. Sozialisten der ganzen Welt schauen auf die deutsche U.S.P. Die Moskauer Internationale ist keine Internationale. Mit Ausnahme der scharf kritisierten italienischen Partei und der spanischen Parteien gehörten ihr nur kleine verschwindende Gruppen an. Lenin lebe in dem falschen Glauben, von Russland aus die Weltrevolution betreiben zu können. Dieser falschen Auffassung müsse entgegengetreten werden. Unsere Aufgabe sei die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats. Nichts sei keinem Kampfe um die Befreiung gefährlicher als der Zerfall in Setzen.“

Genosse Crispian schloß seine zweieinhalbstündigen Ausführungen in der Zuversicht, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auch diese Krise nicht nur überleben, sondern klarer, geschlossen und einiger denn je aus ihr hervorgehen werde. (Lebh. Beifall.)

## Däumigs Referat

Als Korreferent spricht Däumig. Aus der ganzen politischen Konstellation der Welt und insbesondere Deutschlands habe sich für ihn die Notwendigkeit des Anschlusses an die dritte Internationale ergeben. Crispian habe mit aller Sorgfalt das Zusammengetragen, was gegen den Anschluß sprechen könne. Genosse Crispian habe daher nachdrücklich auf die Uneinigkeit der Delegation hingewiesen. Gegenüber den von Crispian eingeleiteten Bemerkungen gegen Stoedcker erklärte er sich solidarisch mit Stoedcker. Durch die Äußerung Crispians, insbesondere durch seinen Bericht, sei nun Klarheit geschaffen. Die Aufnahmebedingungen haben Geltung für alle Parteien, und sind nicht nur für die U.S.P. aufgestellt worden. Däumig unterzieht die politische Lage einer nähere Betrachtung. Es sei Tatsache, daß augenblicklich Russland in der dritten Internationale ein Übergewicht besitze. Vom marxistischen Standpunkt aus sei gegen die These der dritten Internationale kaum etwas einzuwenden. Die Position der Delegation wäre sicherlich besser gewesen, wenn sie mit einer einheitlichen Willenserklärung hingekommen wäre. Wir haben in Moskau gesehen, daß ein Auseinanderhalten von Sowjetrußland und den Problemen der dritten Internationale nicht in Frage kommen kann. Die große Masse in Russland sei natürlich nicht bolschewistisch durchgebildet. Es sei falsch, den russischen Kommunisten wegen ihrer Agrarpolitik Opportunismus vorzuwerfen. Tschin und Frossard hätten erklärt, daß man in Leipzig die U.S.P. den Anschluß an die dritte Internationale beschließen hätte. auch der französischen Partei die Entscheidung erleichtert worden sei. Deutschland sei heute das Vorkampfbild im Kampfe des Entente-Kapitals gegen den Bolschewismus geworden. Aus dieser Tatsache könnten sich die schwersten Konflikte ergeben. Die Partei dürfe sich nicht länger zum Garantien des Versailles-Friedensvertrages hergeben.

Tschin und Frossard bilden den Beweis, wie wenig die Russen sich an Vorurteile klammern. Tschin gehörte während des Krieges zu den entschiedensten Kriegspolitikern und reiste im Auftrage der französischen Regierung nach dem damals zaristischen Russland. Tschin hat erklärt, daß er die Spaltung seiner Partei wünscht, wobei man berücksichtigen muß, daß in der französischen Partei noch die Scheidemänner vorherrschen. Däumig wendet sich gegen die Darstellung Crispians, daß die bekannte Namen ausgeschlossener werden müßten. Die russischen Kommunisten hätten erklärt, daß sie das den Parteien überlassen. (Heftige Anrufe und Zwischenrufe: Das steht doch in den Bedingungen.) Däumig stellt die Behauptung auf, daß die Moskauer kein formal-juristisches Heißgericht über die Genossen beschließen. (Erneute Zwischenrufe.) Es wird allerdings eine theoretische Klärung der Partei verlangt. Die weitere Entwicklung wird ja zeigen, ob meine oder Crispians Auffassungen richtig sind. Aber wir können nicht unbeteiligt zusehen, wie wir allzu eingetrennen. Das Verjähren und Vertrauen der revolutionären Entwicklung in Deutschland ermöglicht es dem Westkapitalismus, gegen Sowjetrußland vorzugehen. Es ist einfach undenkbar, daß in Zukunft nach einem vollzogenen Anschluß eine Kräftigerzeugung in Auseinandersetzungen mit der RPD. vor sich gehen kann. Ich will gerade unsere starke Partei in die dritte Internationale bringen, um mit ihrem Schwergewicht auch die Politik der deutschen Kommunisten zu beeinflussen. Allerdings in der dritten Internationale kann eine Meinungsfreiheit im alten demokratischen Sinne nicht herrschen. Ueber die Grundlagen darf es keine Meinungsverschiedenheiten geben, wobei selbstverständlich über organisatorische und taktische Dinge diskutiert werden kann.

Däumig erklärt, daß er nach wie vor dabei bleibe, daß die Forderungen auf straffe Zentralisation und Organisation berechtigt sind und alle anderen Fragen so aufgefaßt werden müssen, wie sie die Russen auffassen, nämlich als Entwicklungslage. Organisationsformen sind historisch bedingt. Unsere freiere Organisation gegenüber der bürokratisch-reaktionären Zentralisierung der alten Partei habe deshalb ihre Berechtigung. Die Frage der Organisation betrifft aber alle Parteien und wir haben zu prüfen, ob die ausländischen Parteien uns nicht auch hierin wieder zuvorkommen. Alle These sind in marxistischem Geiste getragen, bringen allen Parteien ernste Verpflichtungen. Däumig weist besonders auf die These über die Kolonialpolitik hin, die die Parteien der Kolonialländer verpflichten, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Er weist auch weiter auf die Erschütterung der englischen Weltbeherrschung in Indien hin, die es mit sich bringt, daß man in der dritten Internationale mit Parteien und Personen zu tun hat, die nicht als sozialistische anzusprechen sind. Die französischen und englischen Parteien haben nicht die geringsten Erfahrungen in der illegalen Organisation.

Däumig schildert dann die Umstände, daß in der letzten Sitzung plötzlich alle jene Schärpen wieder in die Bedingungen kamen, die vorher entfernt wurden. Kadek habe zugegeben, das sei vorzugsweise wegen des Verhaltens der Genossen Crispian und Dittmann geschehen. Wir haben stets den Russen gegenüber die Verantwortung für unser Antwortschreiben übernommen. Aber nach der neuen Situation bin ich der Ansicht, daß die Partei klar und scharf ihren Standpunkt präzisieren. Es heißt jetzt Stellung nehmen: Wir oder gegen die dritte Internationale. Für mich kann es nur heißen: für die dritte Internationale. Voraussetzung für den Anschluß ist natürlich das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und deren Vorbereitung. Aber der Parteitag muß sich erklären, ob die Richtung Kautskis, Hilferding immer noch in der Partei eine Rolle spielt. Die Russen weisen darauf hin, daß die Auffassung Kautskis immer noch gilt als die Ansicht der Unabhängigen Partei Deutschlands, daß sie gelten zur Rechtfertigung Judenitsch, Denikins, Kollschals u. a.

Däumig setzt sich auch mit Hilferding auseinander, der die internationale Verbindung skeptisch betrachtet. Hilferding hat die Partei nicht in consequenter revolutionärer Sinne geführt. (Zuruf: Däumig ist doch Borsighender.) Ja, aber Hilferding nimmt an allen Sitzungen teil und beeinflusst sie entscheidend. Hilferding hat die Verankerung der Räte in der Verfassung propagiert, er hat auf dem Leipziger Parteitag Ausführungen über die Weltlage gemacht, die durchaus nicht der Situation entsprechen, er hat im März die Verhandlungen mit Belgien geleitet und mit dazu beigetragen, daß der Generalkrieg abgebrochen wurde. Nach der Klärung der theoretischen Grundfrage der Partei wird die Brücke geschlossen sein, die uns mit der 3. Internationale verbindet. Ueber die Einzelfragen hinaus steht für mich fest, daß an der Tatsache des Anschlusses nicht gerüttelt werden kann. Ich für meinen Teil bleibe unbestimmt um alles bei der festen Ueberzeugung, das Schicksal der deutschen Revolution, der Weltrevolution, der Unabhängigen Partei wird eng verbunden sein mit der 3. Internationale.

## Dittmanns Referat

Als dritter spricht Genosse Dittmann: Ueber den größten Teil der Ausführungen Däumigs besteht innerhalb der Partei kein Zweifel. Wir sind vom ersten Beginn der Machtergreifung der



Kampfes ist diese Bourgeoisie Zwischenschicht in die kämpfenden Massen der Arbeiter, hindert sie an dem Zusammenschluss des Kampfes verschiedener Arbeiterkategorien zu einem allgemeinen Klassenkampf. Bei diesen Versuchen wird sie von den alten Organisationen der Gewerkschaften nach Beruf unterstützt, die die Arbeiter eines Industriezweiges in getrennte Berufsgruppen trennt, obgleich der Prozess der kapitalistischen Ausbeutung sie zusammenführt. Sie stützt sich auf die Macht der Ueberlieferung der Ideologie der alten Arbeiteraristokratie, obgleich diese beständig geschwächt wird durch den Prozess der Aufhebung der Privilegien einzelner Gruppen des Proletariats infolge des allgemeinen Zerfalls des Kapitalismus, der Verkümmern der Lage der Arbeiterklassen, der Verallgemeinerung ihrer Not und Unsicherheit.

Auf diese Weise teilt die Gewerkschaftsbureaucratie den mächtigen Strom der Arbeiterbewegung in schwache Rinnsale, vertauscht die allgemeinen revolutionären Ziele der Bewegung durch reformistische Teilforderungen und bremsen im allgemeinen die Ausgestaltung des Kampfes des Proletariats zu einem Revolutionskampf für die Vernichtung des Kapitalismus.

4. In Anbetracht des Entstehens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den diese Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbureaucratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewährte Kampfgänge zum Sturz des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Bildung der Gewerkschaften ergreifen, wo diese nicht existieren.

Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außergewöhnliche Bergewaltigungsidee seitens der Gewerkschaftsbureaucratie (Ausschluss einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentren) oder durch ihre engstirnige aristokratische Politik, die großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen verweigert, genügt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die fortgeschrittensten, die Klassenbewusstesten Arbeiter von den Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten. Die Hälfte der Arbeitermassen, ihre geistige Unerschlossenheit, ihre Unfähigkeit für die Argumente der opportunistischen Führer kann nur im Prozess des sich verschärfenden Kampfes überwunden werden, nach Maßgabe dessen, wie die breitesten Schichten des Proletariats durch ihre Erfahrung, durch ihre Siege und Niederlagen begreifen lernen, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können, nach Maßgabe dessen, wie die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter es lernen werden, im Wirtschaftskampf nicht nur Bekämpfer der Ideen des Kommunismus zu sein, sondern die entschlossensten Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus den Gewerkschaften ihre opportunistischen Führer zu entfernen, nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zersplitterung der Gewerkschaften beheben, und sie durch Industrieverbände ersetzen. Die von den Massen losgelöste Bureaucratie besetzen und sie durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzen können, wobei den Zentren nur die allerunverzichtbarsten Funktionen vorbehalten bleiben.

5. Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisation zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen; mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Teilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen ferneren Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklassen an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen, aufmerksam klarstellen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird.

6. Wo die Spaltung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung schon festher erfolgt ist, wo, wie in Amerika, neben den opportunistischen Gewerkschaften Verbände mit revolutionären Tendenzen, wenn auch nicht kommunistische, bestehen, dort sind die Kommunisten verpflichtet, diese revolutionären Gewerkschaften zu unterstützen, ihnen zu helfen, sich von syndikalistischen Vorurteilen frei zu machen, sich auf den Boden des Kommunismus zu stellen, welcher allein als verlässlicher Kompaß in den Wirren des Wirtschaftskampfes dienen kann. Wo sich im Rahmen der Gewerkschaften oder außerhalb ihrer in den Betrieben Organisationen bilden, wie Shop-Stewards, Betriebsräte, die sich zum Zweck sehen, den Kampf gegen die konterrevolutionären Tendenzen der Gewerkschaftsbureaucratie, die Unterstützung der spontanen direkten Aktion des Proletariats dort haben, die Kommunisten selbstverständlich mit voller Energie diese Organisationen zu unterstützen. Aber die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften darf nicht den Austritt der Kommunisten aus den opportunistischen Gewerkschaften bedeuten, die sich im Zustande der Gärung befinden und auf den Boden des Klassenkampfes übergehen. Im Gegenteil, indem sich die Coexistenz der Klassenorganisationen, die sich auf dem Wege zum Revolutionskampf befinden, werden die Kommunisten die Rolle eines Elements spielen können, das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geistig und organisatorisch zum gemeinsamen Kampf für die Vernichtung des Kapitals vereint.

7. Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats verwandelt sich in der Epoche des Zerfalls des Kapitalismus in einen politischen viel schneller als dies im Zeitalter der friedlichen Entwicklung des Kapitals geschehen konnte. Jeder große wirtschaftliche Zusammenstoß kann die Arbeiter unmittelbar vor die Frage der Revolution stellen. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in allen Phasen des Wirtschaftskampfes die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse in offenem Ringen die Klasse der Kapitalisten besiegt und auf dem Wege der Diktatur das Werk des sozialistischen Aufbaus in Angriff nimmt. Hieron ausgehend, müssen die Kommunisten bestrebt sein, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten überall in den Gewerkschaften und Betriebswerken kommunistische Fraktionen bilden, mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.

II.

1. Der Wirtschaftskampf des Proletariats für die Erhöhung des Arbeitslohns und die allgemeine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeitermasse geht täglich tiefer in eine Sackgasse. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die in immer ausgebeuteterem Maße ein Land nach dem andern ergreift, zeigt sogar den zurückgebliebenen Arbeitern, daß es nicht genügt, für die Erhöhung des Arbeitslohns und für die Verkürzung des Arbeitstages zu kämpfen, daß die Klasse der Kapitalisten mit jedem Tage weniger instand ist, die Volkswirtschaft wiederherzustellen und den Arbeitern auch nur

die Lebensbedingungen zu sichern, die sie ihnen vor dem Krieges gab. Aus dieser wachsenden Erkenntnis der Arbeitermassen entspringt ihr Bestreben, Organisationen zu schaffen, die den Kampf zur Rettung der Wirtschaft durch eine Arbeiterkontrolle der Betriebsräte über die Produktion aufnehmen können. Das Streben nach der Schaffung von Betriebsräten, das die Arbeiter verschleierns Länder mit jedem Tage mehr ergreift, nimmt seinen Ausgangspunkt von den mannigfaltigsten Ursachen (Kampf gegen die konterrevolutionäre Bureaucratie, Entmutigung nach gewerkschaftlichen Niederlagen, Bestrebung zur Schaffung einer alle Arbeiter umfassenden Organisation), aber es mündet schließlich in den Kampf um die Kontrolle der Industrie, die besondere historische Aufgabe der Betriebsräte. Es ist daher ein Fehler, Betriebsräte nur aus solchen Arbeitern organisieren zu wollen, die schon auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Im Gegenteil, Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung alle Arbeiter zu organisieren und sie zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu bringen, vermittelst Erweiterung und Vertiefung des ihnen allen verständlichen Kampfes für die Arbeiterkontrolle über die Produktion.

2. Diese Aufgabe wird die kommunistische Partei lösen können, wenn sie im Kampf der Betriebskomitees in den Massen die Erkenntnis vertieft, daß die planmäßige Wiederherstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, die eine neue Unterordnung durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Klasse bedeuten würde, jetzt unmöglich ist. Eine den Interessen der Arbeitermassen entsprechende Organisation der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn der Staat sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet, wenn die feste Hand der Arbeiterdiktatur an die Beseitigung des Kapitalismus und an den neuen sozialistischen Aufbau gehen wird.

3. Der Kampf der Betriebskomitees gegen den Kapitalismus hat als nächstes allgemeines Ziel die Arbeiterkontrolle über die Produktion. Die Arbeiter eines jeden Unternehmens, eines jeden Industriezweiges leiden unabhängig von ihrem Beruf unter der Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, die es häufig für vorteilhafter erachten, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, als die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die drückendsten Arbeitsbedingungen einzugehen, oder um nicht neue Kapitaleinlagen in die Produktion zur Zeit der allgemeinen Teuerung zu machen. Der Schutz gegen diese Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten verknüpft die Arbeiter unabhängig von ihren politischen Ueberzeugungen und daher sind die von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens gewählten Betriebsräte die allerbreitesten Massenorganisationen des Proletariats. Aber die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Ergebnis nicht nur des bewußten Willens der Kapitalisten, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle auf den einzelnen Betrieb hinausgehen müssen, die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden bald vor die Frage einer Arbeiterkontrolle über die gesamte Industrie und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Verzicht der Arbeiter die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Finanzoperationen der Fabrikunternehmen zu kontrollieren, die Bourgeoisie und die kapitalistischen Regierungen mit den energigsten Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse antworten werden, so führt der Kampf für die Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Kampf für die Beseitigung der Macht durch die Arbeiterklasse.

4. Die Agitation für die Betriebsräte muß so geführt werden, daß im Bewußtsein der breitesten Volksmassen, auch wenn sie nicht direkt zum Fabrikproletariat gehören, die Ueberzeugung Wurzel faßt, daß die Schuld an der Zerrüttung bei der Bourgeoisie liegt, während das Proletariat, indem es die Parole der Arbeiterkontrolle über die Industrie ausruft, für die Organisation der Produktion, für die Beseitigung der Spekulation, der Desorganisation und der Teuerung kämpft. Aufgabe der kommunistischen Parteien ist der Kampf für die Kontrolle über die Produktion auf Grund der brennendsten Tagesfragen, auf Grund des Holzstoffmangels, auf Grund des Zerfalls des Transportwesens, durch Verküpfung der vereinigten Teile des Proletariats untereinander und durch Hinübergehen breiter Kreise der Kleinbourgeoisie auf ihre Seite der Kleinbourgeoisie, die mit jedem Tage mehr proletarisiert wird und tatsächlich unerhört unter dem wirtschaftlichen Zerfall leidet.

5. Die Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen. Nur im Prozess des Kampfes können sie sich über die Rahmen einzelner Betriebe und Werkstätten nach Produktionszweigen vereinigen, einen allgemeinen Apparat zur Leitung des ganzen Kampfes schaffen. Die Gewerkschaften sind schon jetzt zentralisierte Kampfgänge, obgleich sie nicht so große Arbeitermassen umfassen wie die Betriebskomitees dies tun können, die alle alten Arbeiter des Unternehmens zuzunächste lose Organisation sind. Die Verteilung der Aufgaben unter die Betriebskomitees und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution. Die Gewerkschaften organisieren die Arbeitermassen für den Kampf auf Grund der Forderungen von Lohnverhöhung und Verkürzung des Arbeitstages in gesamtstaatlichem Maßstab. Die Betriebskomitees organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, umfassen alle Arbeiter der Unternehmen, aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gesamtstaatlichen Charakter annehmen. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die konterrevolutionären Tendenzen ihrer Bureaucratie überwinden, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, haben die Kommunisten das Bestreben, die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerkschaften zu machen, zu unterstützen.

6. Die Aufgabe des Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, die alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Proletariats zum Kommunismus.

7. Indem die Kommunisten aus den Gewerkschaften und den Betriebsräten mächtige Waffen der Revolution bilden, bereiten sie diese Massenorganisationen zu der großen Aufgabe, die ihnen nach der Ausrückung der proletarischen Diktatur zufallen wird, zu der Aufgabe des Hauptelements der Neuorganisation des Wirtschaftslebens auf sozialistischer Basis vor. Die Gewerkschaften als Industrieverbände ausgebildet, auf die Betriebsräte als ihre Fabrikorganisation gestützt, werden dann die Arbeitermassen mit ihren Produktionsaufgaben bekannt machen, die erfahrensten Arbeiter zu Leitern der Betriebe ausbilden, sie werden die technischen Spezialisten unter Kontrolle nehmen und zusammen mit den Vertretern des Arbeiterstaates die Pläne der sozialistischen Wirtschaftspolitik entwerfen und durchführen.

III.

Die Gewerkschaften streben schon zur Friedenszeit nach internationaler Vereinigung, denn die Kapitalisten greifen bei Streiks zur Heranziehung von Arbeitern aus anderen Ländern als Streikbrecher. Aber die Internationale der Gewerkschaften war vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung. Sie strebte die finanzielle Unterstützung einer Gewerkschaft durch die andere, die Organisation einer sozialen Statistik an, nicht aber die Organisation des gemeinsamen Kampfes, denn die von Opportunisten geleiteten Gewerkschaften suchten jedes revolutionäre Gesicht von internationaler Umfang zu vermeiden. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die während des

Krieges, jeder in seinem Lande, Lafalen der Bourgeoisie waren, haben die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale an und versuchen aus ihr eine Waffe für den Kapitalismus zu machen. Unter der Führung von Reigien, Jouhaux, Gompers schaffen sie am Vorkrieg ein Arbeitsbureau, dieser Organisation des internationalen kapitalistischen Räuberwesens. Sie suchen in allen Ländern die Streikbewegung durch Gesetze zu erdrücken, die die Arbeiter verpflichten, sich den Schiedsgerichten der Vertreter des kapitalistischen Staates zu unterwerfen. Sie suchen überall durch Abkommen mit den kapitalistischen Regierungen für die qualifizierten Arbeiter durchzusetzen, um auf diese Weise die wachsende Einheit der Arbeiterklasse zu zerschlagen.

Die Antwerpener Gewerkschaftsinternationale ist somit ein Stellvertreter der hantierten Prüßler zweiten Internationale. Die kommunistischen Arbeiter, die den Gewerkschaften aller Länder angehören, müssen im Gegenteil danach streben, eine internationale Kampffront der Gewerkschaften zu schaffen. Es handelt sich nicht um finanzielle Unterstützung im Streikfall, sondern darum, daß im Augenblick einer Gefahr, die die Arbeiterklasse eines Landes bedroht, die Gewerkschaften der andern Länder als Organisationen der breitesten Massen zu ihrem Schutz streben, es unmöglich machen, daß die Bourgeoisie ihres Landes der Bourgeoisie eines andern Landes Hilfe leistet, die sich im Kampf mit der Arbeiterklasse befindet. Der Wirtschaftskampf des Proletariats in allen Ländern wird mit jedem Tage immer mehr zum Revolutionskampf. Daher müssen die Gewerkschaften bewußt alle Kraft zur Unterstützung eines jeden Revolutionskampfes aufwenden, sowohl im eigenen Lande, als auch in andern Ländern. Zu diesem Zweck müssen sie nicht nur in jedem andern Lande die größtmögliche Zentralisierung ihres Kampfes anstreben, sondern sie müssen das im internationalen Maßstab tun, indem sie in die kommunistische Internationale eintreten, sich mit ihr zu einer Armee vereinigen, deren verschiedene Teile bei gegenseitiger Unterstützung gemeinsam den Kampf führen.

Aus der Partei.

Parteitag der Provinz Hannover.

Am 21. und 22. August tagte in Hannover der Parteitag der Provinz Hannover.

Einen breiten Raum nahm die Debatte über die Parteipresse ein. Ohne Debatte wurde einstimmig gegen die Ernennung Koster zum Oberpräsidenten protestiert.

Ein Antrag, der die Parteimitglieder verpflichtet, möglichst einen Geschäftsanteil von 20 Mk. für unser Parteiblatt zu erwerben, fand Annahme. Weiter wurde beschlossen, eine Note Woche zu veranlassen. Genosse K. A. r. n. - Weine referierte über Organisationsfragen. Seine Ausführungen verblieben sich in dem Antrag, der den Monatsbeitrag für männliche Mitglieder auf 1.50 Mk. festsetzt, für weibliche bleibt er auf der alten Höhe von 1 Mk. Genosse P. L. t. u. e. r. Hannover legt in einem Vortrage unter arbeitsmäßige Stellung zu der politischen und wirtschaftlichen Situation dar. Redner trat für Selbständigkeit der Betriebsräte ein, die notwendig sei zur Durchführung der Diktatur des Proletariats. — Angenommen wurde ein Antrag, der beim Reichsparteitag den Zusammenschluß aller revolutionären Arbeiterparteien befürwortet.

Gautag der USA, der Wala.

Am 22. August fand in Neustadt a. d. S. der diesjährige Gautag der U. S. P. D. der Wala statt. Nach oft stürmischen Verhandlungen wurde einstimmig eine Kundgebung an die Proletarier aller Länder und insbesondere Sowjet-Rußland beschlossen, in der den Russen die unbedingte Zusage der Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität in ihrem Kriege mit Polen gemacht wird. Sie soll durch Funkpruch nach Moskau übermittelt werden. Eine mit 88 gegen 21 Stimmen angenommene Resolution an die Zentralkommission in Berlin zur Frage der Internationalen hat folgenden Wortlaut:

Der heute am 22. August 1920 in Neustadt a. d. S. versammelte Gautag der U. S. P. D. Gau Wala nahm Kenntnis von dem Kongress der 3. Internationale zu Moskau. Er stellt sich voll und ganz auf den Boden der dort gefassten Beschlüsse und Leitfäden. Er vertritt die Ansicht, daß der Anschluß an die 3. Internationale darf nicht an der Person einiger opportunistischer Führer scheitern. Wer sich nicht zu den Leitenden der 3. Internationale bekennt, soll seine Konsequenzen ziehen und die Reihen der U. S. P. D. verwerfen per Funkpruch nach Moskau übermitteln. — Diese Resolution ist vor dem Bekannntwerden der Moskauer Bedingungen beschlossen worden.

Ein Ausschluß in Halle.

Vor einem Jahre wählten die Eisenbahner des Direktionsbezirks Halle zu ihrem Gauleiter das Mitglied unserer Partei, Karl B. e. i. s. c. h. m. i. d. t. aus Beieren, der sich damals sehr radikal geäußerte. Als Bezirksleiter des Eisenbahnerverbandes hat B. e. i. s. c. h. m. i. d. t. mit einer geradezu unheimlichen Schnelle umgelert und besonders, seitdem man ihn nicht zum Reichstagskandidaten aufstellte, die Taktik unserer Halleischen Genossen auf fanatischste bekämpft. Zuletzt verließ er sich dazu, in dem rechtssozialistischen, Halleischen Wertsblattchen, einem bedeutungslos im Dunkel dahingegangenen Organe, die wüßtesten persönlichen Verleumdungen gegen führende Mitglieder unserer Halleischen Partei loszulassen. Es wurde gegen ihn ein Ausschlußverfahren eröffnet, dem er aber jetzt durch freiwilligen Austritt aus der Partei vorzuzog. Da er sich in dem Schreiben, mit dem er den Austritt begründet, auf Ströbels Ausschluß beruft, so wird natürlich die gesamte rechtssozialistische Presse sich auf dieses gefundene Fressen stützen.

Die Kämpferin. Inhaltsverzeichnis der Nr. 50: Der neuen Konflikten. — Der internationale Jugendtag am 5. September. — Die Not der Erwerbslosen (II.). — Der Bund der Kommunisten. Aus der Geschichte der Arbeiterinternationale (I.). — Die Umgestaltung des Hauswesens und die Hausfrauen. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die „grundrissliche“ Reichsregierung. — Wie sollen unsere Kinder wandern? — Woju Besuchen helfen können! — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland: Aus der englischen Arbeiterinnenbewegung. — Notizen: 6 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Sexuelle Moral. — Bücherchau. — Kinderbeilage.

Briefkasten der Redaktion.

S. 77. Die Rückzahlung kann gefordert werden. Machen Sie ein Gesuch um Gestattung.  
Bergmann 100. Ein Kind ist rechtlich nicht verpflichtet, die bedürftigen Eltern zu unterstützen, wenn das Kind nicht mehr als die Kosten für den eigenen und der Familie landesmäßigen Unterhalt zu verdienen vermag. 2. In Königberg. — 2 Mk. für die Parteikasse.  
B. B. 100. Wenden Sie sich an einen Fachmann.  
Großenbaum. Nach dem Erbrecht steht ein Pflichtteil nur den Abkömmlingen, Ehegatten und Eltern zu.  
D. M., Rümmerstraße. Wenden Sie sich an die Reichs-Auswanderungsstelle, L. -Schloß, Friedrich-Karl-Str. 22.  
E. S., Ludwigstraße. Der Abzug ist nicht berechtigt. Der Prozenttag darf nur einbehalten werden von dem Teile des Lohnes, der 125 Mk. für den Monat übersteigt.  
B. 1910. Wenden Sie sich an das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart.  
W. M. 22. Der Ausfall hängt vom Ergebnis der Beweisaufnahme ab.  
Otto W. 1. Die Kosten trägt der für schuldig erkannte Teil.  
2. Ja.  
H. K. 96. Der Ehemann erbt ein Viertel, die übrigen drei Viertel werden unter die Kinder verteilt.  
Sophienstraße 2. Dazu ist die Behörde berechtigt.





Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. September.

Parteilangelegenheiten.

Parteileitung.

Sonnabend, den 4. September, nachmittags 3 Uhr im Volkshaus Zimmer 9 wichtige Sitzung der Parteileitung.

Vollständig und pünktlich erscheinen.

Bezirksleitung der K.P.D. Leipzig.

Werkbesitz. Freitag, den 3. Sept., abends 1/8 Uhr, Sitzung der Kinderbeschäftigten im Restaurant Gambirius, Lindenau-Obermannstraße 12. Vollständiges Erscheinen erwartet.

Großschloffer. Heute, abends 8 Uhr, Frauenbildungsabend in der Schule.

Alterräte, Werkbesitz. Zusammenkunft am Freitag 9 Sept., 1/8 Uhr, Kaiseraal Westendhallen, Plagwitz.

„Wegen Ueberfüllung geschlossen.“

Einleitung. Im Kriegswinter 1917. „Mutter mich friert!“ „Warte nur, gleich wird aufgemacht.“

„Ob wir heute Kohlen bekommen? Wir stehen schon das dritte Mal an seit früh um vier. — Ich habe Hunger, Mutter.“ Die Mutter schweigt und sieht den Jungen nicht an.

Der Junge schweigt. Er klappt mit dem Körper, preßt die Knie zusammen und stemmt die steifen Füße in die Holentaschen.

Das erste paßt nicht zum folgenden, denn das folgende handelt nicht von Kohlen, sondern ist eine lustige Geschichte, lustig aus Ergrimmten.

„So ist ein wackeres Reptil, wie man es im Zoo sehen kann. Periodisch, in der Regel nachts, zwischen ein und zwei Uhr, wringt es seine Jungen. Gröhlen und schwanke dann man sie um diese Nachtzeit zur Welt, zur Vogellampenwelt der Petersstraße kommen sehen.“

Ein Rekonkel, der um eins noch in das neue Lokal wollte, wurde abgewiesen.

„Ich werde mein Geld auch anderswo los.“ Für mich aber ist dieses Schild ein Mene-tel: denn Zehntausende ballen sich jeden Abend in der Kasse dieses Lokals zusammen.

„Wunderbar, die bei Wundt Psychologie lernen wollten, und sie haben später nach seinen Methoden in ihrer Heimat weitergearbeitet.“

folgend, zu viere und fünfen. Gut im Genit, Oberhemd zerknüllt — Ist das nicht eine lustige Geschichte? D ja, man möchte lachen, aber grimmig. Man glaubt in einer Stadt von Befleuten zu sein, wenn man nachts nur schwankenden, prustenden, gröhenden Menschen begegnet.

Es ist genug, du kennst den Zusammenhang zwischen Einleitung und Thema. Deine Melodie mache dir selbst. Die Melodie geht vorbei. Der Winter kommt. Die Entente-Kapitalisten nehmen uns die Kohlen fort.

Seuchenfleisch und Frischfleisch.

Man schreibt uns: Die Fleischverwertungsstelle in Wallersdorf (Niederbayern) macht bekannt: „Die Bevölkerung von Wallersdorf und Umgebung wird hierdurch aufgefordert, das Seuchenfleisch bei der unterzeichneten Fleischverwertungsstelle abzuliefern.“

Das Kohlenamt kündigte vor einigen Tagen an, es würde künftig den Verbrauchern, die die Ausstellung eines Landbezugscheins beantragten, diesen nach Möglichkeit auch ohne Voreinlegung einer Lieferbereitschaftsbescheinigung eines Wertes ausstellen.

„Stadtkinder aufs Land.“ Die am 16. Juni d. J. nach Mecklenburg — Kreis Röbel — zur Erholung gereisten Leipziger Stadtkinder kehren Sonnabend, den 4. 9., voraussichtlich nachmittags 8 Uhr 14 Min., nach Leipzig zurück.

Neue 50-Pfg.-Guttschne. Die Stadt Leipzig läßt als Ersatz für nicht mehr verwendbare und eingezogene 50-Pfg.-Guttschne 2 Millionen 50-Pfg.-Guttschne nach einem völlig neuen Muster drucken.

Berlin-Leipzig-Kassel. Personenzüge verkehren jetzt zwischen Berlin und Kassel über Leipzig und Erfurt. Von den beiden Zügen geht der eine nach dem Entwurf zum Winterfahrplan von Berlin 7.10 und ist in Leipzig 10.14, in Kassel 6.13 an.

Grober Anflug! Man schreibt uns: Die Flucht der Menschheit aus der alleinseligmachenden Kirche läßt die Tempel immer

leerer erscheinen, so daß die Geschickten und Geschorenen eigentlich zu einer durchgreifenden Betriebs Einschränkung kommen müßten.

Bücherausstellung. Die Bibliothek werden nochmals auf die in der Ausgabe vom 31. August enthaltene Bekanntmachung des Rates über die Bücherausstellung aufmerksam gemacht.

Im Naturkundlichen Heimatmuseum (Tröndlingstr. 1, Gewerbeausstellung) findet am Freitag, abends 1/8 Uhr, eine Führung statt: Volkstümliche Pflanzenkunde.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Giesler, L-Stötterich, von 8 Uhr an Wurthverkauf. Hoffmann, Wächterstraße, von 7 Uhr an: Knoblauch- und Mutwurf.

Lebensmittellieferanten für Freitag, den 3. September. Anmeldung: Schweinefleisch: Abzugeben Marke F (150 Gramm); Marke 15 für Kriegsgefangene (50 Gramm).

Polizeinrichten.

Raub am besten Tage. Am 28. August vormittags gegen 11 Uhr ist einem Kassenboten einer hiesigen Firma in der Querstraße, in der Nähe des Grundstücks Nr. 10, eine schwarze Ledertrappe, die jener in dem Augenblicke, während er sich im Gehen eine Zigarette anzündete, unter dem Arme eingeklemmt getragen hatte.

Die Gefahren der Straße. Im Raststädter Steinweg ist am 30. August, mittags gegen 1/2 Uhr, eine in der Leibnizstraße wohnende Kaufmannsweibchen beim Ueberstreifen der Fabrikstraßen von einem Kraftwagen überfahren worden.

Proletarier-Jugend! Rüste zum internationalen Jugendtag am 5. September.

Kleine Chronik.

Wilhelm Wundt †.

Der Leipziger Philosoph Wirtl. Geh. Rat Prof. Dr. Wundt ist am Dienstagmittag im 89. Lebensjahre gestorben.

Wilhelm Wundt wurde am 16. August 1832 zu Medau bei Mannheim geboren. Er studierte von 1851—1856 in Tübingen, Heidelberg und Berlin nicht etwa Philosophie, sondern — Medizin.

Das Schicksal war den Plänen Wundts günstig; denn im Jahre 1875 erhielt er einen Ruf als ordentlicher Professor der Philosophie an die Universität Leipzig, an der er seitdem ununterbrochen bis zum Jahre 1917, in dem er sich zur längst verdienten Ruhe setzte, mit glänzendem Erfolg wirkte.

Wundt zog immer weitere Gebiete in sein Arbeitsfeld. Zunächst übertrug er die psychologischen Gesetze vom Einzelnen auf ganze Nationen und schließlich auf die Menschheit überhaupt.

Wundt zog immer weitere Gebiete in sein Arbeitsfeld. Zunächst übertrug er die psychologischen Gesetze vom Einzelnen auf ganze Nationen und schließlich auf die Menschheit überhaupt.

Schauspielhaus. (Muzik.) Auf den Rausch folgt der Regenhammer; auf die kalterlich deutsche Literatur der Gründerzeit folgt Frank Wedekinds, der alle Höflichkeit seiner Klasse durchschaut und furchtbar ernüchtert anfängt — Moral zu predigen.

Wille, der Glaube an seine Sache fehlte, so wie ihn eine große Idee verleiht. Was er schrieb blieb Literatur; er wurde verachtet, verdammt oder bejubelt, immer aber — mißverstanden.

Künstlerische Tänze im Freien. Das allgemeine Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig hat für kommenden Sonntag, den 5. September, eine Gruppe der Dorothea-Schule aus Hellerau bei Dresden zur Aufführung künstlerischer Tänze im Freien gewonnen.

Städtische Theater. In der letzten Maß-Sondervorstellung von Carmen am Freitag, 3. September, sind einige Neubefugnisse zu verzeichnen und zwar singt Lola Lind zum erstenmal die Mercel.





Bei der gestrigen Uraufführung den stärksten Erfolg  
seit Bestehen des Theaters.

Der erste grosse Monumental-

# Schiffe und



Bei der gestrigen Uraufführung den stärksten Erfolg  
seit Bestehen des Theaters.

Prunkfilm der Saison 1920/21

# Menschen.

Der vielgelesene Abenteuer-Roman von Carl Fidor, dem bekannten Autor von „Herrin der Welt“.

Ort der Handlung: Singapore, die Königin der Hafenstädte. Auf Deck und im Kesselraum eines Riesen-Ozeandampfers.  
Im Hafen von Newyork.

6  
Akte

## Aufstand der 1000 Kulis auf dem Uebersee-Dampfer.

6  
Akte

Da der Zuspruch zu solch ganz vereinzelt dastehendem Filmwerk in den Abendstunden ein ganz gewaltiger ist, so haben wir den Beginn  
der Nachmittags-Vorstellung schon auf 3 Uhr festgesetzt.

Jeweiliger Beginn 3, 5, 6 $\frac{1}{4}$ , 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ende 10 $\frac{1}{2}$  Uhr. Auch zur Nachmittags-Vorstellung vollbesetztes, verstärktes Orchester.

Windmühlenstr. 7

### Kammer-Lichtspiele

Am Königsplatz.

**Pantheon**  
Dresdner Str. 20 Fernruf 18957  
Freitag u. Sonntag **Grosse Ball-Feste.**

**TANZ-PALAST**  
Gasthof Windorf  
Morgen Freitag, 7 Uhr  
**2. gr. Damenball**  
Strassenbahn Endstation Nr. 1

**Gasthof Stünz**  
Strassenbahn Nr. 3 und 8  
Morgen Freitag ab 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**II. gr. Dirndl-Messball**  
Abwechslend Damen- u. Herren-Engagement.  
Mit Wiener Musik. Eintritt 2.50. Tanz frei.

**Bergidyll.**  
Donnerstag 8 Uhr  
**Ein Tänzchen.**  
Sonntag 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
**Grosser Extratag!!**

**Einheitsverband, Bezirksgruppe Schleußig.**  
Das für den 4. September im Park Schlenker  
angelegte Sommerfest findet erst am  
11. September statt. Die Bezirksleitung.

**Schiller-Schlösschen**  
Morgen Freitag, ab 7 $\frac{1}{2}$  Uhr  
**Grosser Damenball**  
Eintritt: Herren 3 Mk., Damen 2 Mk. Tanz frei.

**Papiermühle** Glöttteritz  
Wasserturm-  
strasse 33 ::  
Strassenbahn Linie 5, 6, 18 - Telefon 8261.  
Morg. Freitag ab 7 Uhr - 2. großer Meh-Sondertag  
- Sonntag ab 4 Uhr - 2. großer Meh-Sondertag  
unter Mitwirkung des Tanzkünstlerpaars H. Mittag  
und Partnerin in ihren neuen, amerik. Abendtänzen.  
Tanz frei! Verstärktes Orchester. Tanz frei!

**Westend-Hallen, L.-Platz.**  
Morgen Freitag 7 Uhr kommen alle zum  
**Grossen Erntefestball**  
Verstärktes Orchester. Tanz frei!  
9 Uhr: Kontor. Herren und Damen engagieren.

**Patentanwaltsbüro Sack,**  
Leipzig, Brühl 2.

**Richard Renner,** Installations-Bureau  
Leipzig-Str. (Tel. 33047)  
Friedrich-Nauert-Str. 2.  
Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen  
jeder Stromart und Größe, sowie Lieferung  
elektr. Maschinen und aller gängigen elektr.  
Materialien ab Lager zu billigsten Preisen.  
Kostenanschläge und Ingenieurbesuche kostenlos.

**Königs-Pavillon**  
Promenadenstraße 8 (Thomasring)  
Fernruf 19271  
Heute Donnerstag letzter Tag:  
**Das rote Plakat**  
10 000 Mk. Belohnung ..  
6 Akte

**Kasino-Lichtspiele**  
Neumarkt Fernruf 19950  
Bis auf weiteres prolongiert:  
**Das rote Plakat**  
Der mit so großem Beifall aufgenommene  
Justizfilm in 6 Akten  
Hierzu  
ab morgen Freitag, auf Wunsch:  
**Dorrit Weixler**  
in dem 3 aktigen Lustspiel  
**Dorrit's Chauffeur**

**Welt-Theater** Heute  
letzter  
Tag:  
Barfußgasse (Am Markt)  
**Das Recht der freien Liebe**  
Ab morgen Freitag: **Erstaufführung**  
von **2 Sensations-Schlagern**  
Alles Nähere morgen!

**Kaufgeuche**  
**Spiralbohrer**  
Schmirgelleinen, Bohrbohrer  
Verlag, Angella, nur neue,  
F. Reinhold, Vardenbaltz, 9.  
**Felle :: Schafwolle**  
kauft u. Händlern u. Privaten  
**Rosner**  
Reichstraße 24  
im Hofe, Telefon 15 307.  
Sämtliche Sorten  
**Härte u. Felle**  
kauft die Rauchwarenfirma  
**Rabinowicz & Co.**  
Ritastr. 28/22, II. Tel. 3169  
Nicht in den Laden gehen!  
**Achtung Hausfrauen!**  
**Es wird alles gekauft!**

**Wolle**  
Lumpen // Tibet  
Kupfer // Blei // Messing  
Zink // Stanniol // Eisen  
Bücher // Zeitungen  
Moschpapier  
Bei Metallabwägungen  
mitbringen  
**Rich. Päßler**  
Volkm., Booslawstraße 16.

**Felle**  
aller Art und Id. Quantum  
**Schafwolle**  
kauft laufend  
**Einkaufs-Zentrale**  
**Weigler, Dorotheenplatz**  
Ede Zimmerstraße

**Felle kauft** Holzgewebe,  
Kleine Fleischerstraße 16.  
**Rauchtabake**  
banderoliert u. verpackt in  
neutraler 50 u. 100 gr. Pack.  
25.- bis 27.50 p. 100.  
F. Inhab. v. Steuerlägern  
1500.- b. 1800.- p. St.  
**Shag-Tabake**  
f. kurze Pfeife u. Zigaretten  
130.- bis 250.- p. 100.  
**Zigarren**  
550.- bis 600.-  
pro Kiste exkl. Steuer  
**Zigaretten**  
(helle Tabake)  
216.- b. 400.- p. M.  
Wiederverkäufer Rabatt.  
Sämtl. Waren ab Fabrik  
lieferbar  
**KURT KNOLL,**  
Leipzig, Moltkestr. 92.  
Vertreter an all. Orten gel.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition zu adressieren

Beachten Sie die **Freitags-Anzeige!**  
Seute Einlaß 4 Uhr, Anfang 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, Ende 10 $\frac{1}{2}$  Uhr

**Astoria** Windmühlenstraße 31  
Fernruf 18195/96  
Morgen Erstaufführung!  
**Föhn.**  
Großer dramatischer Film in 5 Akten mit  
**Käthe Haack, Ilse Böhen.**  
Vrautvolle Aufnahmen von unübertroffener Schön-  
heit aus den Uten kennzeichnen diesen Film und  
müssen selbst den größten Kinogänger begeistern.  
Hierauf: **Die Berliner Range.**  
II. Teil: **Lothe Kuppell.**  
Seute letzter Tag: **Senny Borten.**

**Univerfum** Hofplatz 6  
(Café Bauer) Fernruf 18195/96  
Morgen Erstaufführung!  
**Die Erlebnisse**  
der berühmten Tänzerin  
**Fanny Elzner**  
Filmtoman in 5 Kapiteln. In der Hauptrolle:  
**Ona Mara.**  
Beachten Sie das Inserat morgen und was die  
Presse schreibt über diesen  
I. Teil: **Mara-Film 1920/21.**  
Seute letzter Tag: **Lothe Neumann.**

**Colosseum** Hofplatz 12-13  
Fernruf 18195/96  
Morgen Erstaufführung!  
**Schwarze Berlen.**  
Kriminalbild  
in 4 Akten mit **Eva May.**  
**Die Czardasfürstin.**  
Lustspiel in 6 Akten.  
(Nach der gleichnamigen Operette).  
Seute letzter Tag: **Der Todescowboy.**

**Vindensjels** Karl-Heine-Str. 50  
Fernruf 18195/96  
Morgen:  
**Senny Borten.**

**Wintergarten** Ellenbahnstraße 58  
Fernruf 18195/96  
Morgen:  
**Lothe Neumann.**

### Lichtspiele Alberthalle, Krystall-Palast

Ab Freitag, den 3. September: **Elite-Detektiv-Doppelprogramm**

Die **Panopta** **Emilie Sannon**

Außerdem **Die Tochter der Nacht**

trifft heute Freitag, den 3. September, aus **Kopenhagen** hier  
ein und wird sich unserem pt. Publikum persönlich vorstellen.  
**Panopta** ist die berühmteste und beste Sensationsdarstellerin  
der Welt, dafür wird Ihnen ein Spezialfilm, welcher nur lebens-  
gefährliche Sensationen zeigt, den Beweis liefern.

Atemberaubender Detektiv-Sensationsfilm in 4 unübertref-  
lichen Akten. Hauptdarstellerin **Emilie Sannon** sowie  
**„Die Mexikanerin“**

**PERSONLICHES AUFTRETEN**

Ein Sensationsfilm in 5 spannenden Akten aus dem Cowboyleben sowie  
Bilder vom Nationalen Wettschwimmen des Alten Leipziger  
Schwimmvereins am 17.18. Juli 1920.

Das Tagesgespräch Leipzigs. — Wir bringen ein Programm, welches unübertrefflich ist. — Trotz des hohen Kostenaufwandes gewöhnliche Preise.

Anfang Sonntags 3 Uhr — Wochentags 4 Uhr